

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kisteplatz 16 b.
Telephonruf: Nr. 8392.

Insertate
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **213 800** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die Lohnverhältnisse in der badischen Uhrenindustrie.

In einem in Nr. 2 dieses Blattes veröffentlichten Artikel haben wir die Schrift des Pfarrers Dr. Feuerstein über Lohn und Haushalt der Uhrenindustrie des badischen Schwarzwaldes angezeigt und eine gedrängte Übersicht über die Produktions- und Absatzverhältnisse wie über die Zusammensetzung der Arbeiterchaft gegeben, gleichzeitig ein Zurückkommen auf die geschilderten Lohnverhältnisse versprochen. Diese Schilderungen sowie die Darstellung von 26 Haushaltbudgets füllen, dem Titel des Buches gemäß, dessen größten Teil.

In der badischen Uhrenindustrie überwiegt als Lohnform die Akkordarbeit, die hier zahlreiche Mißstände gezeitigt hat, die ihrerseits wieder zu einer schweren Schädigung der Wirtschaftslage der Arbeiter, zur Verbitterung der Gemüter und schließlich zu der Auflassung geführt haben, daß das System als Ganzes zu verwerfen sei. Etwa 80 Prozent der Uhrenarbeiter arbeiten in Akkordlohn, zu dessen ausgedehnter Anwendung die weitgehende Arbeitsteilung geführt hat. Im Frühjahr 1904 wurde in Villingen der Gruppenakkord oder das Kolonnen-system eingeführt. Spiral-eingiecher, Zifferblätteraufmacher und andere Berufe wurden in Gruppen von etwa 10 Mann einem Kolonnenführer unterstellt, der die Arbeitsaufträge verteilt, die Arbeit überwacht und die fertigen Stücke abliefern. Einen direkten Einfluß auf die Lohnzahlung scheint diese neue hierarchische Stufe nicht zu haben. Einmalen ist überhaupt nicht recht klar, welche Rolle dieser Kolonnenführer zu spielen berufen ist. Vermutlich handelt es sich zunächst um eine durch gesteigerte Arbeitszerlegung erhöhte Notwendigkeit der Zusammenfassung und Aufsicht.

Die 20 Prozent Arbeiter, die in Zeitlohn stehen, sind die Vorarbeiter, die beaufsichtigen und unterweisen. Die Hersteller erstklassiger Produkte, von denen Qualitätsarbeit erwartet wird, also Triebdreher, Triebzahner, Triebriecher, Zusammensetzer und Einseher von Massivuhren, Pendelmacher und Schildmacher, Bildhauer, hochgelernte Schreiner und Drechsler; die Arbeitsstücke von verschiedener Größe und Bearbeitungsschwierigkeit in Behandlung nehmen: Mechaniker, Ziseleure, Uhrmacher und Visiteure, Klempner, Glaser vereinzelt Säger, gewöhnliche Tagelöhner; Arbeiten, für deren Erfolg ein bestimmter Zeitaufwand unerlässlich ist: Ätzer, Galvaniseure, Vernickler, Triebhärter und Metallpulver; Verrichtungen, in deren Vornahme und Tempo die Arbeiter an den Gang der Maschine gebunden oder von anderen unberechenbaren Außenumständen abhängig ist: Heizer, Automatenarbeiter, Zuträger und Reiniger, Magazinier und Ausläufer.

Durch ein beachtenswertes Tatsachenmaterial führt der Verfasser eine Reihe von Mißständen vor, unter denen die Uhrenarbeiter schwer zu leiden haben. Da ist zunächst die Willkür und Böswilligkeit der Kontrolloren und Visiteure. Weil für die Bedingungen, unter denen die Qualität der Arbeitsleistung genügt oder nicht, keinerlei Anhaltspunkte aufgestellt sind, ist der Arbeiter dem Visiteur tatsächlich auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Es existiert auch keine stehende Praxis, aus der der Arbeiter entnehmen könnte, welche Qualitäten passierbar sind und welche nicht. In Villingen wird sogar über „böhmische Griffe“ geklagt, das heißt über die Unter-schlagung eines Teiles der abgelieferten Arbeitsstücke des Arbeiters durch den Visiteur. Mancher dieser Herren läßt sich auch bei der Feststellung der Qualität und bei dem Urteil über die Abnahme des Stückes von kleinlichen egoistischen Gesichtspunkten oder Gefühlen persönlicher Zu- und Abneigung leiten. In Furtwangen spielte ein Visiteur zugleich den Reparaturmann. In seiner erlernten Eigenschaft war der gerissene Spezialant und Arbeiterausbeuter darauf bedacht, recht viele Stücke zu beanstanden und sie der anderen Hälfte seines Selbst, der Reparatur zuzuwenden; dem geplünderten Arbeiter war jede Kontrolle über diese schamlosen Praktiken unmöglich. Im Jahre 1901/02 brachte es dieser gewissenlose Mensch auf einen durchschnittlichen Wochenlohn von 33 Mk., womit er den höchsten Lohn von allen Arbeitern erreichte. Aber auch bei der Trennung der Funktionen des Kontrollors und Reparaturmanns und der Bezahlung der beiden in Taglohn kommen häufig grobe Unregelmäßigkeiten vor, die die Arbeiter bitter empfinden. So entdeckte ein Arbeiter, als ihm zufällig das Stückverzeichnis seines Reparaturmanns in die Hände fiel, daß darin mehrere ihm beanstandete Arbeitsstücke fehlten, während andere darin enthalten waren. Die beanstandeten Stücke waren also gar nicht reparaturbedürftig, sie wurden als gut verwendet, dem Arbeiter aber nicht bezahlt. Also ein vollendeter Diebstahl am Arbeiter!

Wit den Reparaturen hat es auch so eine eigene Bewandnis. Sie werden oft erst nach Tagen und Wochen vom Visiteur „entdeckt“ und der Arbeiter erhält einen sogenannten Reparaturzettel, der einen Lohnabzug bedeutet, ohne daß er sein angeblich fehlerhaftes Arbeitsstück oder die Reparatur zu sehen bekommt, so daß er auch nicht kontrollieren kann, ob ein wirklich fehlerhaftes Stück von ihm herrührt oder nicht. Es herrscht also eine grenzenlose Willkür im Befehl- und Abzugswesen. In einer Fabrik besteht ein Generalabzug von 10 Pf. für jede vorkommende Reparatur, ohne Rücksicht auf den Lohnwert, den das Stück verkörpert. In Villingen werden für das Hundert gesteckter Spindeltriebe 7 Pf. bezahlt, dagegen werden für ein einziges Fehlstück ebensoviele Pfennige abgezogen. Ein einziges beanstandetes Rad bedingt in einer Furtwanger Fabrik einen Abzug von 7 Pf., während 100 gefräste Näder einen Lohnwert von nur 12 Pf. darstellen. Der Verfasser zitiert auch ein Beispiel aus der von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im Jahre 1898 herausgegebenen

Broschüre über die Lage der Schwarzwälder Uhrenarbeiter, wonach eine Heimarbeiterin in ihrem Zahltagbuch folgenden Eintrag hatte: 1000 Dails-Steden à 100 Stück 7 Pf. = 70 Pf., 6 Reparaturen à 1 Stück 8 Pf. = 48 Pf., Rest 30 Pf. Dieser schamlose Diebstahl an den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Uhrenindustrie bildet ein würdiges Seitenstück zu dem betrügerischen und diebischen Wagnen-nullen in der Kohlenindustrie des Ruhrbezirkes.

„Das geschändete sogenannte Reparatursystem ist ein seit Jahren immer wieder betonter Beschwerdepunkt der Schwarzwälder Uhrenarbeiter. Dieses System wirkt in Verbindung mit hohen Ab-zugsätzen nicht nur moralisch niederdrückend und verbitternd, sondern auch direkt schädigend auf die gesamte Wirtschaftslage der Arbeit-nden. Wie einschneidend dieses Abzugssystem werden kann, wenn es rücksichtslos geübt wird, zeigt der Fall einer Arbeiterin in Villingen, die ihren wöchentlichen Arbeitsverdienst auf Grund des Akkordfahes auf 8 Mk. veranschlagt hatte und sich beschreiben mußte, am Zahltag ganze 2,50 Mk. nach Hause zu bringen. Es ist offensichtlich, daß derartige Verlöbte gegen das erste Erfordernis einer theoretisch rich-tigen Akkordberechnung, nämlich gegen die genaue, gerechte durch-sichtige und vom Lohnempfänger jederzeit kontrollierbare Bemessung der Arbeitsleistung, in das Einkommen und den Haushalt des Ar-beiters ein Moment bedenklicher Unsicherheit hineintragen.“

Von Interesse, wenn auch durchaus nichts neues, ist die Fest-stellung, daß in jeder Fabrik für die Akkordarbeiter eine obere Lohn-grenze, ein Maximallohn, festgesetzt ist, der in seiner Höhe freilich von Fabrik zu Fabrik wechselt, durchschnittlich aber, wie die Lohn-tafel zeigt, recht niedrig gehalten ist. Wird die obere Lohn-grenze durch die geschicktesten und fleißigsten Arbeiter überschritten, wird sofort der Akkordfah reduziert und dieses Verfahren wiederholt sich als Schraube ohne Ende immer wieder, so oft das Maximum über-schritten wird. So werden der Erwerb der größten Geschicklichkeit, der rastlose Fleiß, Überanstrengung, körperliche und geistige Er-schöpfung und Aufreibung für den Arbeiter geradezu zum Fluch, während der Unternehmer immer mehr Arbeitsstücke direkt umsonst vom Arbeiter geliefert erhält und so ein Bucher mit der Arbeitskraft getrieben wird, gegen den der Geldwucher der Schacherjuden das reinste Kinderspiel ist.

Dabei werden die fortwährenden Reduktionen der Akkordfah mit den blödesten „Gründen“ beschönigt. Der „Wechsel der Kon-junktur“, die „veränderte Preislage“ u. Phrasen, mit denen bekannt-lich jede kapitalistische Schandtat zu beschönigen versucht wird und deren Kontrolle für die Arbeiter geradezu unmöglich ist, müssen als Vorwände für die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter dienen.

Sehr schwer gefühlbar werden die badischen Uhrenarbeiter auch durch das raffiniert praktizierte Trucsystem, das bekanntlich in verschleierte Form die Gewerbeordnung noch immer gestattet. So müssen die Uhrenmacher Hammer, Zange, freie, Spitznagel, kleine Federn, Bohrer; die Metallpolierer Filz, Schwappeltuch, Einbenholz-schieber, Leim, Leimpfanne, Schmirgelpapier und Schmiröl; die Holz-poliererrinnen Poliermasse und Spiritus; die Metalldrücker Petroleum u. von den Unternehmern beziehen und sich die Beträge dafür vom Lohne abziehen lassen. Ist es schon ein grober Unfug und eine empörende Vernunftwidrigkeit, vom Arbeiter zu verlangen, daß er zu den Produkten, die dem Unternehmer gehören, aus seinem großen Lohne noch die nötigen Arbeitsmaterialien kauft, so ist es in höchstem Maße schädlich, wenn dabei erst noch von den Arbeitern besondere Profite erpreßt werden. So müssen die Arbeiter in zwei Triberger Fabriken das Stück Spiral- oder Hohlkehlohrer mit 15 Pf. bezahlen, während er in der nächsten Eisenhandlung des Ortes für 10 Pf. zu haben ist. In einer anderen Triberger Fabrik müssen die Arbeiter den Liter Petroleum mit 25 Pf. bezahlen, während der Ladenpreis 22 und 23 Pf. beträgt. In Schonach und St. Georgen müssen die Arbeiter noch Lampen und Docht selbst stellen, das Öl liefern die Unternehmer. Als in einer Fabrik dem Ausbeuter nach-gewiesen wurde, daß er für die Poliermasse zu viel verlangt, was er nach anfänglichem Ableugnen schließlich zugeben mußte, reduzierte er zwar den Preis, gleichzeitig aber auch die Löhne. Bei den Aus-gaben für die Arbeitsmaterialien handelt es sich um recht ansehnliche Beträge, um 1,20 bis 3 Mk., 4,50 Mk., 7 bis 12 Mk. pro Woche. Die Werkzeuganschaffungen erfordern 20 bis 30, 40 bis 50 Mk., die monatliche Ergänzung 2 bis 3 Mk. und 5 bis 6 Mk. Unter diesen Umständen, bei einer so raffiniert und planmäßig in ver-schiedenen Formen betriebenen Ausbeutung der Arbeiter muß man die unendliche menschliche Geduld dieser armen Opfer bewundern, aber auch darüber erstaunt sein, daß ihnen überhaupt die Freistung des nackten Lebens noch möglich ist.

An weiteren Mißständen werden angeführt: Betriebsstörung und verspätete Materialbeschaffung, die schon bis 10 und 14 Tage Arbeitslosigkeit zur Folge hatten, ohne daß dafür den Arbeitern auch nur die geringste Entschädigung bezahlt worden wäre. Kommt aber ein Arbeiter, trotzdem für ihn keine Arbeit da ist, am Morgen etwas später zur Arbeit, wird er sofort „im Interesse der Disziplin“ ge-büßt. Weiter werden die Arbeiter jedes Jahr regelmäßig geschädigt durch die bis zu acht Tagen ausgedehnten Inventuraufnahmen, durch die bis auf fünf Wochen ausgedehnten Lohnzahlungsperioden.

So ist die badische Uhrenindustrie ein wahrer Sumpf von schweren, die Arbeiter auf das empfindlichste schädigenden Mißständen, die geradezu nach dringender Abhilfe schreien.

Der Abbruch des Berliner Kampfes.

Der vom 21. September 1904 bis 16. Februar 1905 mit großer Hartnäckigkeit von beiden Seiten geführte Kampf in der Selbstmetall-industrie hat den Arbeitern den gewünschten Erfolg nicht gebracht, es ist nicht gelungen, die unterchristliche Anerkennung des ge-forderten Tarifes von allen Unternehmern zu erlangen. Wenn die Richterlangung einer Forderung einer Niederlage gleichkommen soll,

so kann man wohl sagen: Die Arbeiter sind geschlagen. Bei ge-nauer Würdigung aller Umstände wird man aber sofort hinzusetzen müssen: Sie sind nicht besiegt!

Zunächst ist nicht zu übersehen, daß auch dieser Kampf nicht ohne positive Erfolge für die Arbeiter geblieben ist, die erst in einiger Zeit deutlicher hervortreten dürften. Weiter kommt in Betracht — und das sei hiermit besonders denen gesagt, die jetzt so geschäftig von einer Niederlage reden und mit ihrem weisen Urteil und mit guten Ratschlägen bei der Hand sind —, daß es sich in diesem Kampfe nicht allein um die Durchführung des Tarifs auf der ganzen Linie handelte, sondern auch um die Abwehr des Versuchs der Unternehmervereinigung, die Organisation der Berliner Metallarbeiter zu sprengen und, wenn möglich, den ganzen Deutschen Metallarbeiter-Verband lahmzulegen. Dieser Versuch ist mißlungen! Der Metallarbeiter-Verband steht zurzeit kräftiger da als vor dem Kampfe, seine Mitgliederzahl ist inzwischen bedeutend gestiegen, seine finanzielle Kraft ist un-gebrochen. Der Rückzug unserer Kämpfer kann sich daher unter voll-ständiger Deckung vollziehen.

Wie nach dem Kampfe von 1903 ist jetzt wieder Waffen-fähigkeit eingetreten. Ob und zu welchem Zeitpunkt der Kampf wieder aufgenommen werden muß, wird einzig und allein von der Haltung der Unternehmer abhängen. Darüber aber wird sich wohl niemand einer Illusion hingeben, daß mit dem jetzt beendigten Kampfe die Sache endgültig entschieden sei. Ein weiterer Kampf ist nur zu vermeiden, wenn die Unternehmer ihren bisherigen Stand-punkt aufgeben und die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Faktor bei Festsetzung des Arbeitsvertrages anerkennen. Bei ruhiger Über-legung werden sie wohl unbedingt zu der Übergangung kommen müssen, daß ihr Widerstreben auf die Dauer doch nutzlos ist. Gerade in Berlin gibt es ja der Beispiele genug, daß die Arbeiter, wenn sie auch mit ihren Forderungen oftmals unterlegen sind, ihr Ziel nach weiteren Kämpfen doch erreichten.

Werfen wir nun einen kurzen Rückblick auf die letzte Tarif-bewegung in der Berliner Selbstmetallindustrie. Es wird sich da-zeigen, daß es sich für die Arbeiter tatsächlich nicht nur um die An-erkennung des geforderten Tarifs, sondern auch um die Zurück-weisung des Angriffs auf die Organisation gehandelt hat. In dem Kampfe von 1903 hatten die Arbeiter bekanntlich nur einen Teilerfolg errungen: Am 28. September wurde vor dem Einigungs-amt ein Tarifvertrag mit 34 Firmen abgeschlossen. Nachträglich traten noch mehrere Firmen dem Vertrag bei. Innerhalb der Ver-tragsfirmen waren nach dem Bericht der Arbeiter der Kaufmannschaft der Stadt Berlin für das Jahr 1904 180 Drücker und zirka 900 Gürtler beschäftigt, außerhalb des Vertrags arbeiteten noch 480 Drücker und 1400 bis 1500 Gürtler. Da bis Mitte November 1903 ein weiterer Erfolg nicht zu erzielen war, so wurde der Kampf von den Arbeitern aufgegeben und die Fabrikantenvereinigung war damit die eigentliche „Siegerin“. Die einzelnen Unternehmer trugen jedoch in dem Kampfe schwere Wunden davon. Nach dem Bericht der Handels-kammer Berlin für 1903 lassen sich die Schäden, die die Fabrikanten erlitten, „in Ziffern auch nicht schätzungsweise angeben. Die indirekten Schäden dürften die schwereren gewesen sein, da nicht nur viele Ordres definitiv für Berlin verloren gegangen sind, sondern auch ein großer Teil der Kundschaft veranlaßt worden ist, andere Bezugs-quellen, in Sachsen und Süddeutschland, aufzusuchen, so daß diese Kundschaft erst wieder gewonnen werden muß.“

Die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten hatte jedoch daraus nichts gelernt, sie beharrte nach wie vor auf ihrem abweisenden Standpunkt. Schon am 23. Januar 1904 holte sie zu einem neuen Schlage gegen die Arbeiter aus. Die Reaktionsstellung nach § 17 des Statuts, wonach jedes Mitglied zur Sicherung der ihm auferlegten Verpflichtungen einen acht Tage nach Sicht zahlbaren Wechsel oder entsprechende Werte zu hinterlegen hat, wurde nicht mehr als ausreichend erachtet, die Unternehmer zusammenzuhalten. Deshalb wurden „Sonderbestimmungen für den Streikfall“ beschloffen, die die Gefahr eines weiteren Streiks bannen sollten. Man übertrug der sogenannten Vertrauenskommission unbeschränkte Vollmachten. Für die kleineren und mittleren Fabrikanten setzte man für den Fall eines Streiks oder Ausstandes Entschädigungen fest, pro feiernden Arbeiter wöchentlich 7,50 Mk., solange die Ge-samtzahl der gleichzeitig bei Mitgliedern der Vereinigung feiernden unter 2000 beträgt, 6 Mk. solange die Zahl zwischen 2000 und 3000, und 4 Mk. sobald sie mehr als 3000 beträgt. Die größeren Fabrikanten, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen, erhalten keine Unterstützung. Zur Bildung des Entschädigungsfonds hat jedes Mitglied pro Woche und gemeldeten Arbeiter 15 Pf. zu zahlen, auch während eines Ausstandes.

Durch die Gründung des Entschädigungsfonds litteten die Leiter der „Vereinigung“ die kleineren und mittleren Fabrikanten an sich. Man stiftete es daraufhin zu dekretieren: Wenn die Vertrauens-kommission die Entlassung von Arbeitern verfügt (?), muß jedes Mitglied, gleichviel ob bei ihm ein Streik droht beziehungsweise aus-gebrochen ist oder nicht, eine bestimmte Anzahl Arbeiter entlassen, 10 Prozent bei Ausbruch des Streiks sofort, weitere 10 Prozent nach einer Woche, weitere 20 Prozent nach einer weiteren Woche, 30 Prozent wieder nach einer weiteren Woche. Zusammen also 70 Prozent.

Man begnügte sich jedoch nicht, der „Vertrauenskommission“ die Diktatur zu übertragen, der Entschädigungsfonds sollte zugleich dazu dienen, an die Arbeiter, die ihre Kollegen verraten, im Fall ihrer Aussperrung einen Judaslohn zu zahlen. Um dieses Sünden-geld erhalten zu können, war die Eintragung in die Bücher der Fabrikantenvereinigung als unorganisiert erforderlich. Die Unter-stützung für diese nichtorganisierten Arbeiter wurde pro Werktag festgesetzt auf 2,50 Mk. für männliche Arbeiter, für Arbeiterinnen auf 1,50 Mk., für männliche Arbeiter unter 18 Jahren auf 1,25 Mk., für Arbeiterinnen unter 18 Jahren auf 1 Mk., für Väter oder Mütter außerdem für ein von ihnen zu unterhaltendes Kind 20 Pf.

Die Unternehmer wollten auf diese Weise eine Arbeitswilligen-Organisation gegen den Metallarbeiterverband gründen, die ihr nicht nur keinen Pfennig kosten, sondern auch als Mittel zum Wohlwollen dienen sollte. Denn es ist doch etwas genant, anzunehmen, daß die Unternehmer bei einer Aussperrung nur einen dieser Arbeitswilligen zu entlassen gedachten. Die unternehmensberechtigten Arbeiter sind aber bei Strafe des Entzuges der Unterstützung gezwungen, jede ihnen gebotene Stelle anzunehmen. Um die Arbeitswilligen zu bekommen, wurden Ende Februar 1904 die Arbeiter zur Eintragung in die Listen aufgefordert. Die Aufzählung wurde vom 1. bis 15. März zweimal wiederholt. Der Plan mißlang, es blieben nur eine lächerlich geringe Zahl der Arbeiter an. Es wurden daher im Laufe der nächsten Monate alle möglichen Mittel angewandt, in manchen Fällen sogar Entlassung angedroht. Alles das nützte jedoch den Unternehmern nichts, im Gegenteil: Der Metallarbeiterverband nahm an Mitgliedern zu!

Unter allerlei Plänkelleien war der 12. September herangefommen. An diesem Tage brachen bei Heller & Co., und am 15. September bei Ehrlich & Gräß Differenzen aus, die zur Arbeitsniederlegung führten. Es war nun als sicher anzunehmen, daß die Unternehmer darauf hin eine allgemeine Aussperrung vornehmen würden. Dem kamen die Arbeiter zuvor; in einer Versammlung der Weidner und Gürtler am 18. September wurde der Beschluß gefaßt, daß in den namhaft gemachten Werkstätten am 19. September der Tarif vorgelegt und da, wo er am 20. September abends nicht unterschrieben ist, am 21. September die Arbeit eingestellt wird. Einen Tag später faßten die Metallschleifer den gleichen Beschluß. Die Unternehmer antworteten bereits am 21. September mit dem Beschluß, bis 30. September insgesamt 70 Prozent der Arbeiter auszusperrn. Da die meisten Unternehmer, denen der Tarif vorgelegt wurde, die Unterschrift verweigerten, fielen am 21. und 22. September in circa 35 Betrieben circa 860 Kollegen die Arbeit ein. Auf die Aussperrung ließen es die übrigen Arbeiter nicht in allen Fällen ankommen, sie verließen vorher die Werkstätten. Ende September war die Zahl der ausgeschalteten Arbeitskräfte auf circa 5000 gestiegen. Von den 270 Verbandsfirmen hatten jedoch nur 75 ausgeperrt.

Einige Erfolge waren sofort nach Ausbruch des Kampfes zu verzeichnen, indem eine Anzahl Firmen, die im Jahre 1903 nicht nachgegeben hatten, bewilligten. Ferner wurde am 28. September vor dem Einigungsamt mit den Firmen, die bereits den Tarif für Dräcker und Gürtler anerkannt hatten, ein Tarifvertrag für alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter abgeschlossen.

War schon 1903 durch die Anerkennung des Tarifs durch diese Firmen der Beweis geliefert worden, daß die Berliner Selbstmetallindustrie durch den Tarif nicht geschädigt wird und ihre Konkurrenzfähigkeit nicht einbüßt, so wurde dies durch die Vereinbarung vom 28. September 1904 erst recht nachdrücklich bestätigt. Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung enthielte sich aber trotzdem nicht, in ihrer Nr. 89 zu schreiben: „Es ist bedauerlich, daß der Metallarbeiter-Verband wiederum die Selbstmetallindustrie lahmlegen will, was zur Folge hat, daß diese Industrie aus Berlin vollständig verdrängt wird.“ Wir bekreiten nun durchaus nicht, daß durch diese Kämpfe die Berliner Industrie Schaden leidet, aber alle Schuld daran fällt denen zur Last, die es unter ihrer Würde halten, mit den Arbeitern auch nur in Verhandlungen einzutreten.

Statt den Arbeitern entgegenzukommen, wurde der Kampf gegen sie in schärfster Weise geführt. Man schleppete Arbeitswillige von allen Seiten herbei und suchte Streikarbeit in auswärtigen Fabriken herbeizujagen zu bekommen. Die Polizei belästigte die Streikposten und unterstüzte auf diese Weise die Unternehmer. Ihre letzte Hoffnung setzten die Fabrikanten jedoch darauf, daß die Arbeiter wieder, wie im Jahre 1903, im November die Arbeit aufnehmen würden. Darin hatten sie sich aber getäuscht, die Arbeiter beschloßen, im Kampf auszuharren. Nun inszenierte die Arbeitgeber-Zeitung ihre Schieberereien. In Nr. 49 vom 4. Dezember veröffentlichte sie die Forderung eines Berliner Metallindustriellen, der den Rat erteilte, getrennte Arbeiter anderer Branchen einzustellen, er habe damit „ein überraschendes Resultat“ erzielt. Die Arbeitgeber-Zeitung versprach sich von ihrer „Zuschrift“ einen so großen Erfolg, daß sie die Streikleitung aufforderte, doch den Streikenden davon Kenntnis zu geben. Dies geschah und der Erfolg war allgemeine Seiterkeit. Die Arbeitgeber-Zeitung probierte ihr Glück mit einem anderen Trick, sie richtete ein schriftliches Gesuch an die Fabrikanten, die Arbeiter durch „Vertrauenspersonen“ von ihrem lothbaren Artikel zu unterrichten, die „Anregung“ selbst aber „diskret“ zu behandeln. Doch der Schwindel kam ans Licht.

Die Situation blieb zunächst unverändert bis Neujahr 1905. Im Laufe des 4. Quartals hatten sich eine Anzahl Firmen schriftlich verpflichtet, am 1. Januar dem Tarifvertrag beizutreten, sie hatten bereits am 1. Oktober ihre Mitgliedschaft bei der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten erklärt. Der Beitritt zum Tarifvertrag ist am 1. Januar erfolgt — Am 7. Januar hielt die „Vereinigung“ eine Generalversammlung ab, in der ein neuer Plan zur Lösung der Arbeiterorganisation geschmiedet wurde. Es wurde der Beschluß gefaßt, die am 21. Januar 1904 getroffenen „Sonderbestimmungen“ dahin abzuändern, daß eventuell nicht 70 Prozent der Arbeiter schlichtlich, sondern 70 Prozent aller nichteingeschriebenen Arbeiter zu entlassen seien. Während nach dem früheren Wortlaut auch eingeschriebene Arbeiter sollten entlassen werden können, wurde nun ausdrücklich festgelegt, daß diese näheren Elemente von der Entlassung nicht betroffen werden. Dadurch war die Bestimmung über die Unterstützung eingeschriebener Arbeiter in Streikfällen hinfällig. Statt dessen wurde ein Vordruck in Form einer Arbeitslosenunterstützung für nichtorganisierte Arbeiter ausgearbeitet. Die Statuten darüber gelangten in den Vereinsverhandlungen zum Ausschusse mit der Aufforderung, sich beim Arbeitsnachweis „auszusprechen“ zu lassen. Ein dritter Beschluß ging dahin, daß die Unternehmer um mehr als 30 Prozent der vor dem Streik beschäftigten Arbeiter einstellen dürften, jedoch nur unorganisierte. Als anderen Worten: Die Aussperrung war aufgehoben; wer zu arbeiten anfangen wollte, sollte jedoch den Revers unterschreiben, daß er keiner Organisation mehr angehöre.

Durch diese Beschlüsse hatte das Kampffeld ein verändertes Aussehen bekommen und es mußte dieser Vorstoß der „Vereinigung“ unter allen Umständen zurückgewiesen werden. Die Disziplinierung wichtiger Verbände faßte Beschlüsse, die allgemeine Billigung jener Tagesfragen war aus den Reihen der Ausständigen der Würde geachtet worden, eine Abkündigung über die Fortführung des Streiks vorzunehmen, und zwar unter schärfster Kontrolle, daß nur Streikende und Ausgeperrte daran teilnehmen konnten. Wie am 22. Januar vorgekommen ergab sich eine Abkündigung, daß 200 Firmen für die Fortführung des Streiks und 81 für seine Aufhebung abgegeben wurden.

Dieser Beschluß nach einem viermonatlichen Ausstand hatten die Unternehmer nicht erwartet, ihre Verblüffung war allgemein. Denn sie hatten bestimmt gehofft, daß ihre Beschlüsse vom 7. Januar Erfolg haben würden. Die Zeit wurde nun geändert. In vorläufiger Weise wurden in der Boffischen Zeitung Äußerungen angedrückt. Der Beschluß vom 7. Januar sei „unüberwindlich“ worden. Zur während des Streiks sollten organisierte Arbeiter nicht eingestellt werden. Daß diese Auslegung mit dem Wortlaut des Beschlusses

vom 7. Januar im Widerspruch steht, ist klar, denn wer einigermaßen orientiert war, wußte, daß während des Streiks organisierte Arbeiter nicht in die Betriebe hineingehen. Der Beschluß vom 7. Januar sollte doch auf die organisierten Arbeiter einen Druck ausüben, ihrer Organisation untreu zu werden. Aus der Notiz der Boffischen Zeitung war aber klar zu ersehen, daß die Unternehmer ausstaudsmüde seien.

Einige Tage nach diesen Vorgängen wurde einem Ausständigen von dem Mitglied der Vertrauenskommission, Dr. Fürstenheim, der Vorschlag gemacht, die Arbeit aufzunehmen und danach über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Diesen Vorschlag machte er nach Rücksprache mit einer Anzahl der einflussreichsten Fabrikanten. Die Beschlüsse, die darauf von den Ausständigen gefaßt wurden, sind in Nr. 8 wiedergegeben. Es ist nun zu konstatieren, daß tatsächlich die meisten Fabrikanten den Kommissionen die Zusage gegeben haben, daß sie mit dem gemachten Vorschlag einverstanden sind. — Die nächsten Tage nach Aufhebung des Ausstandes zeigten noch einige Schwierigkeiten, weil eine Anzahl Unternehmer auf der Unterschrift des Reverses bestanden. Am Dienstag den 21. Februar konnten auch diese Schwierigkeiten erledigt betrachtet werden, und es begann die Aufnahme der Arbeit. Es sind auch bereits eine Reihe von Verbesserungen in verschiedenen Betrieben sofort eingeleitet worden. Sobald alles wieder im Geleise ist, werden die Kollegen zu den zugefügten Verhandlungen Stellung nehmen. Über den weiteren Verlauf der Dinge werden wir dann berichten.

Grenzen der Gewerkschaftsmacht.

Die Schwäbische Tagwacht hat am 10. Februar in hohen Tönen über die Erfolge des beendigten Bergarbeiterstreiks geschrieben und dabei in Bezug auf die Verprechungen der preussischen Regierung einen Optimismus an den Tag gelegt, den wir bei ihr am allerwenigsten zu erwarten hätten. Am Schluß führte sie dann an, daß dieser Kampf denen, die von der Gewerkschaftsbewegung alles Heil erwarteten und dem Kampf um die politische Macht gar keine oder nur untergeordnete Bedeutung beimessen, die Grenzen der Gewerkschaftsmacht gezeigt habe. Leider hat die Tagwacht nicht hinzugefügt, wem sie mit diesen Bemerkungen das Gewissen schärfen wollte. Jedenfalls aber müssen ihr Dinge ernster Natur bekannt geworden sein, da sie am 17. Januar einen besonderen Artikel brachte, in dem das Thema von den Grenzen der Gewerkschaftsmacht ausführlicher behandelt wurde. Darin ist auch gesagt, daß in dem Berliner Metallarbeiterstreik den Arbeitern ein unbezweifelbarer Sieg nicht zufalle, da die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen werde. Am Schluß des Artikels heißt es:

„Aufgabe dieser Zeilen ist nicht, die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes irgendwie herabzusetzen. Wehe der Arbeiterkraft, die die gewerkschaftliche Organisation vernachlässigen wollte! Die manchmal bestritten und leider nur zu oft sich dokumentierende Tendenz des Kapitals auf Verelendung der Massen würde sich weit umgehinderter entfalten können, wenn die Gegenkraft der Gewerkschaftsbewegung nachließ.“

Aber die Wurzel des kapitalistischen Systems trifft der gewerkschaftliche Kampf nicht. Die Gewerkschaftsorganisationen würden eine Stütze der Arbeit verrichten, wenn die politische Bewegung an Kraft einbüßte. Der letzte und entscheidende Strauß wird auf politischem Kampffeld, wird um die politische Macht, um die Staatsgewalt geführt werden.“

Wir sind damit einverstanden. Der Tagwacht genügt es aber nicht, innerhalb acht Tagen zweimal vor der Überschätzung der Gewerkschaftsmacht zu warnen, sie brachte am 21. Februar einen dritten Leitartikel unter dem Titel: „Eine verlorene Schlacht“, der den Ausgang des Berliner Streiks behandelte. Darin wird nun — wir möchten fast sagen: mit „heißem Bemühen“ — das Resultat dieses Kampfes in den düstersten Farben gemalt. Der Schluß ist dann der übliche: Warnung vor Überschätzung der Grenzen der Gewerkschaftsmacht. Dieser dritte Artikel hat in Stuttgarter Metallarbeiterkreisen große Verwunderung hervorgerufen; es wurde dabei die Vermutung laut, daß er aus Metallarbeiterkreisen stamme und in bestimmter Absicht in die Tagwacht kopiert worden sei. Dem wurde aber damit widersprochen, daß der Verfasser des Artikels unendlich ein Metallarbeiter sein könne, weil ein solcher doch so viel Empfinden besitzen müßte, daß ein derartiger Artikel mindestens eine große Ungeheuerlichkeit sei. Wir wollen uns damit nicht weiter beschäftigen, sondern begnügen uns, die Antwort, die unser Kollege Cohen-Berlin an die Tagwacht eingeleitet hat, hier wiedergeben:

„Durch diesen Artikel giebt sich wie ein roter Faden die Meinung, als ob die Leiter des Streiks der Metallarbeiter sogenannte „Nur-gewerkschaftler“ wären. Anders sind verschiedene Stellen im Artikel nicht zu verstehen. Darin liegt für uns der Vorwurf einer gewissen Einseitigkeit. Diesen Vorwurf aber verheinen wir nicht, eher wären wir berechtigt, dem Schreiber des Artikels den Vorwurf der Einseitigkeit zu machen, denn wenn der Artikel der übrigen eine Reihe von Widersprüchen enthält, überhaupt eine Tendenz hat, dann ist es die, die Grenzen der gewerkschaftlichen Macht mehr als notwendig ist einzuzengen, die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften möglichst zu verkleinern und den Arbeitern den gewerkschaftlichen Kampf zu verfehlen. Es sind die Argumente, die von den Anhängern der „Nur-gewerkschaftler“, den Parolhütern, für ihre Ansicht ins Feld geführt werden. Was gibt dem Artikelsschreiber das Recht, so wie er es getan hat zu schreiben? Eine verlorene Schlacht, wie er selber sagt. Ja, besteht denn unser Kampf aus nur einer Schlacht? Wird denn ein Kampf durch eine Schlacht entschieden? Ist denn deshalb eine Feinung nicht einzunehmen, weil ein Sturmangriff zurückgeschlagen ist? Wie kann der Artikelsschreiber sagen, weil diese Schlacht verloren ist, daß dies das Ende der Bewegung in der Berliner Selbstmetallindustrie?“

Der Artikelsschreiber sollte aus dem Kampf 1903 doch gelernt haben, daß wir uns durch einen zurückgewiesenen Angriff nicht ablassen lassen. Damit bringen wir eben einen Beweis unserer Disziplin, daß wir auch vor jedem Angriff in unserer alte Position zurückkehren und neue Kräfte zu unserem Kampf sammeln. Obgleich ich dem Artikelsschreiber die Gewerkschaftsbewegung schlecht zu kennen, sogar müde zu wissen, daß auch verlorene Streiks den Arbeitern Vorteile bringen, daß schon häufig Arbeiterorganisationen durch immer wiederkehrende Angriffe, auch wenn diese in einzelnen abgeschlagen wurden, schließlich zu mächtig gemacht wurden, daß sie dem Drängen der Arbeiter nachgaben. Bei diesem Kampf nun ist ein zweifaches erzielt, den Kühnheitsmännern ist ihr Ansperrungsakt gründlich verleidet. Das Verlangen der Kühnheitsmänner, vor Eintritt in die Betriebe einen Revers zu unterschreiben, in dem der Unterzeichnete sich erklärt, nicht organisiert zu sein, ist glänzend abgeschlagen. Das weitere haben wir für die Betriebe, welche bisher den Revers unterschreiben nicht hatten, jetzt den Revers unterschreiben geholt. Darunter ist ein Betrieb mit über 600 Mann und ein Betrieb mit über 200 Mann. In diesen Betrieben wurde in einem viermal, im anderen einmal am dem Reversunterschied gefaßt. Jetzt endlich haben wir ihn geholt. Also, lieber Genosse, ganz ohne augenblicklichen Erfolg haben wir nicht gekämpft, und was die Folgen dieses Kampfes sein werden? Nun, wir können durchaus mit Recht sagen, ungenügend für die Arbeiter werden sie nicht sein. Zur Molligkeit liegt durchaus keine Veranlassung vor. Heute ging ein Angriff verloren, morgen beginnen wir mit der Sammlung neuer Kräfte zu neuen Angriffen. Leichterreden sind bei uns wenig angebracht. Wir sind nicht tot. Wir leben und wehen, sobald dies notwendig, die Kräftigen Beweise dafür bringen.“

Die Tagwacht erwidert darauf, daß der dritte Artikel die Ergänzung des zweiten bilde, und sie wiederholt dann die von uns oben bereits daraus zitierten Sätze. Wir können den dritten Artikel nicht als eine Ergänzung zum zweiten betrachten, wenn er nur das Herz legen müßte, auf die weitere Kräftigung ihrer Organisation bedacht zu sein. Das ist nicht geizig, weil die Tendenz des Artikels es nicht zuleist. Wenn man eine Konsequenz aus diesem Artikel ziehen wollte, so könnte es nur die sein: die Gewerkschaften möglichst bald aufzulösen. Wozu diese aber keine Lust haben!

Wirtschaftliche Rundschau.

Wir beginnen hiermit mit einer regelmäßigen, vorläufig vierzehntägig erscheinenden Rubrik über die wirtschaftliche Lage unserer Industrie als Ausbaue unserer früheren Notizen „Aus der Metallindustrie“. Wir wollen über die Ereignisse in der Eisens-, Stahl-, Maschinen- und Metallwarenerzeugung berichten, jene Ereignisse, welche die Unternehmer veröffentlichten: Dividenden der Aktiengesellschaften, Gründung neuer, Erweiterung bestehender Unternehmungen, Konturfe, Vorgänge in den Kartellen, größere Bestellungen an einzelne Unternehmungen, technische Neuerungen von wirtschaftlicher Bedeutung u. s. w. Im Zusammenhang damit werden wir die amtliche Arbeitsmarktsituation, sonstige amtliche Veröffentlichungen und die Handelspolitik behandeln.

Welchen Zweck wir verfolgen, indem wir diese Dinge vom Arbeiterstandpunkt erörtern, liegt auf der Hand: Jeder Kampf ist tödlich, wenn man nicht weiß, in welcher Lage der Gegner sich befindet, wie groß im Augenblick seine Kraft, seine Widerstandsfähigkeit; so ist auch der Erfolg des Klassenkampfes im Großen wie im Kleinen von der Kenntnis des Gegners abhängig. In der Werkstatt allein kann man nur wenig darüber erfahren. Es ist ein wesentliches Kennzeichen der Selbstherrschafft des Kapitals, daß es selbst jene Dinge den Arbeitern verschweigen darf, an denen in der Regel — nicht immer — Arbeiter und Unternehmer ein gemeinsames Interesse haben, den Beschäftigungsgrad des Betriebes, die Aussichten für die Zukunft. Darüber muß die Arbeiterkraft auf anderem Wege sich Aufklärung verschaffen, aus den Berichten der Aktiengesellschaften, die durch das Gesetz leiblich zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, und aus der Statistik. Aber auch dann wird das Bild unvollkommen, denn die kapitalistische Produktion ist in ihrer Gesamtheit regellos, anarchisch. Nur wenn man die Vorgänge im Zusammenhang mit der Erkenntnis der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische, kritische Theorie betrachtet, dann erst kann man mit einiger Gewißheit sagen: Ich weiß, was ich wissen kann.

Die deutsche Industrie ist groß; es wird uns deshalb oft unmöglich sein, kleinere Ereignisse zu melden, größere mit der ihnen gebührenden Ausführlichkeit zu besprechen. Auch die ausländische Industrie, deren Zustand hoch von großer Wichtigkeit für uns ist, werden wir manchmal vernachlässigen müssen. Aber in dem uns gegebenen Rahmen werden wir alles tun, um den deutschen Metallarbeitern an dieser Stelle neue, verlässliche Waffen für ihren Kampf zu geben.

Dießmal greifen wir etwas weiter zurück, um möglichst die Nachrichten seit dem Jahresbeginn zusammenzufassen zu können und beschränken uns auf ein Referat. Der Stahlwerkerverband hielt am 18. Februar eine Seirats-Sitzung ab, in der über den Januar berichtet wurde. Trotz des Kohlenarbeiterstreiks, der den Verbrauch von Halbzug einchränkte, wird der Halbzugverbrauch gut genannt, insbesondere im Vergleich mit dem Januar 1903; es wurden 127 382 Tonnen verfaßt gegen 108 971 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Der Verband von Eisenbahnmaterial blieb hinter der Kartellbeteiligungsziiffer zurück, woran angeblich der Bergarbeiterstreik schuld hat. Der Verband von Formeisen scheint gering zu sein, es wird nämlich gesagt, die Abnehmer seien für die ersten vier Monate des Jahres so ziemlich versorgt. Im Exportgeschäft sind die Preise gestiegen, sowohl für Formeisen als für Schienen. Wozu hätte man auch das internationale Schienenkartell? Beim Walzdrahtverband sind im Januar 9560 Tonnen (Dezember: 1410 Tonnen) Aufträge eingegangen, dagegen wurden 17 280 Tonnen verladen, so daß am 1. Februar 65 376 Tonnen unerledigte Aufträge vorlagen.

In Oberschlesien hatte die Eisenindustrie in Januar steigenden Preisen eine Zunahme der Beschäftigung der einzelnen Branchen zu verzeichnen. Besonders bemerkenswert scheint uns, daß reichliche Arbeit der Walzwerke schwerer Bleche für Schiffe, Kessel- und Maschinenbau vorhanden war. Das würde endlich für die Kesselschmiede ein Ende der Krise bedeuten. Die Roheisengewinnung betrug 87 867 Tonnen gegen 64 103 Tonnen im Januar und 70 385 Tonnen im Dezember 1904. Die diesmalige Januarproduktion ist also nicht besonders hoch.

Ebenso wie in Oberschlesien wird im Siegerland eine Erhöhung der Roheisenpreise durch die Kartelle erwartet. Überhaupt wird es interessant zu beobachten sein, wie nach dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat ein Kohlenkonsumentenkartell nach dem anderen die Preise seines Produktes steigern wird, immer mit einer Abrundung nach oben. Schon wurden, wie die Kölner Volkszeitung meldet, die Drahtstahlpreise um 50 Pf. auf 16 Mk. Grundpreis bei Waggonabzug erhöht, und, was noch wichtiger ist, die Eisenhüttenwerke, Eisengießereien und Maschinenbauanstalten in ganz West- und Süddeutschland steigerten die Güterwarenpreise um eine Mark pro 100 Kilogramm für gewöhnlichen Handelsguß. Obgleich scheinen die Gießereien jetzt viel Arbeit zu haben. Als dem Siegerland wird der Frankfurter Zeitung über sie und überhaupt über die eisenverarbeitenden Industrien geschrieben, sie seien fast durchgängig mit Arbeit genügend versehen, es werde aber über ungenügende Preise geklagt.

Über einzelne Unternehmungen ist folgendes zu berichten: Bei der Vereinigten König- und Laurahütte bleibt das Erträgnis des zweiten Halbjahrs 1904 hinter den Erwartungen zurück. Der Gewinn beträgt 3 381 039 Mk., um 453 186 weniger als 1903. Allerdings trat der relative Rückgang vorwiegend in der ersten Hälfte dieses Zeitabschnittes ein. Die schließliche Hüttenproduktion der Gesellschaft hat dennoch um 1500 Tonnen zugenommen. In der Aufsichtsrats-Sitzung, welcher der Direktionsbericht vorgelegt wurde, erteilte man auch dem bisherigen Generaldirektor Jungmann den erbetenen Abschied und beauftragte den saarabischen Geheimen Bergrat Hilger in dessen Funktion.

Die Generalversammlung der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft genehmigte die Fusion mit den Südschlesischen Hüttenwerken und bewilligte die hierzu nötige Kapitalerhöhung von 20 Millionen.

Der Förder Berg- und Hüttenverein hat im zweiten Halbjahr 1904 einen um 52 646 Mk. größeren Gewinn erzielt als 1903. Im Vergleich mit dem ersten Semester 1904 ist der Gewinn allerdings um 1 438 000 Mk. geringer.

Das Stahlwerk Mannheim, ein verträgliches Unternehmen, hat in diesem Jahre einen etwas höheren Betriebsergebnis, 141 793 Mk. (im Vorjahr 91 577 Mk.), aus diesen aber gänzlich zur Bedeckung der Umlauf-, Steuer-, Abschreibungen u. c. verwenden, sogar noch einen Zufluß aus der Reserve für diesen Zweck aufwenden.

Dividenden verteilen: Die Rußischen Eisenwerke, Wehlar, vorwiegend 6 Prozent (i. B. 5 Prozent), die Bindener Eisen- und Stahlwerke 4 1/2 Prozent (i. B. 2 1/2 Prozent), die Stahlbahnwerke Fräudenstein & Co. in Berlin 5 Prozent (i. B. 0). Das Stahl- und Walzwerk Rendsburg ist seit Jahresfrist eine Aktiengesellschaft mit zwei Millionen Kapital, in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. September wurde aber ein Verlust von 97815 Mk. erzielt. Das wirt ein recht merkwürdiges Licht auf die Gründung der Gesellschaft.

Die Maschinenindustrie ist im allgemeinen gut beschäftigt, den amtlichen Bericht über den Monat Januar werden wir in der nächsten Rundschau bringen können.

Der Bremer Vulkan hat im Jahre 1904 2200 Arbeiter (die Höchstziffer) beschäftigt, um 400 weniger als 1903. Dennoch wird er diesmal 6 Prozent Dividende verteilen, während er im Vorjahr nichts für die Aktionäre gab. Der Betriebsgewinn ist von 574 877 auf 691 033 Mk. gestiegen, wovon etwa die Hälfte auf Abschreibungen verwendet wurde. Im neuen Geschäftsjahr hat die Gesellschaft mehr Aufträge als 1904. Der Rückgang der Arbeiterzahl steht zweifellos mit der „erhöhten Leistungsfähigkeit der Anlagen“, wovon der Geschäftsbericht spricht, im Zusammenhang; 1904 wurde eine vierprozentige Anleihe von 2 1/2 Millionen zum weiteren Ausbau der Anlagen aufgenommen.

Sehr fette Dividenden gibt es wieder bei der Dieselfelder Maschinenfabrik normals Dürrkopf, 23 Prozent (gegen 25 im Vorjahr). In der Generalversammlung beantragte ein Aktionär gar 32 Prozent, aber der Vorsitzende Vaer-Frankfurt und mit ihm die Mehrheit der Versammlung beschloß Entlassung. Die bezogene Automobilfabrikation kostet nämlich viel Geld.

Die Dampfkesselfabrik normals Arthur Rodberg in Darmstadt erzielte 1903 bis 1904 einen um 30 Prozent gestiegenen Umsatz. Dennoch stieg der Verlust vom Vorjahr, 24144 Mk. auf 48632 Mk. Ursache: Die niedrigen Preise, auf die eine Fabrik zweiten Ranges wie Rodberg im Kesselbau heute eingehen muß. In das neue Geschäftsjahr trat die Gesellschaft mit einem Auftragsbeitrag von etwa 260 000 Mk. (i. B. 220 000). Anzeichen einer Besserung, erklärt der Bericht, seien nicht vorhanden.

Bei der Aktiengesellschaft normals Frister & Hoffmann in Berlin nahm der Ubfah in Schreibmaschinen wesentlich zu. Aus 278 922 Mk. (i. B. 285 646 Mk.) Reingewinn werden 10 Prozent (wie im Vorjahr) Dividende erteilt, 27 892 Mk. (28 565 Mk.) der Reserve überwiesen, 41 250 (!) Mk. (wie im Vorjahr). Tantien, 5000 Mk. als Einlage in den Wohlfahrtsfonds und 4780 Mk. (10 981 Mk.) als Vortrag verwandt. Der diesjährige Ubfah war befriedigend.

Interessant ist der Jahresbericht der Allgemeinen Gesellschaft für Dieselmotoren in Augsburg, denn zum ersten Mal zeigt sich eine anscheinend wirklich bedeutende Zunahme der Verwendung dieses Motors. Während Ende 1903 überhaupt erst 900 Motoren mit 45 000 Pferdekraften geliefert waren, sind es jetzt schon 1900 Motoren mit 90 000 Pferdekraften. Allerdings ist zu bedenken, daß dies die Fabrikationsziffern der Lizenznehmer in allen Staaten sind, mit Rücksicht darauf können sie noch nicht imponieren.

Der erste Buchhalter der Maschinenfabrik Klein, Schanzlin & Becker in Frankenthal hat die letzte Bilanz durch Vornahme falscher Buchungen um 96 000 Mk. zu günstig dargestellt. Nur dadurch war der Gewinn von 31 000 Mk. und die dreiprozentige Dividende zu erklären. Der Vorstand ersetzt bis zu einem gewissen Grade den Aktionären den ihnen entstandenen Schaden.

Dividenden verteilen: Dresden-Kadebeuler Guß- und Emailierwerke normals Gebler 7 Prozent (i. B. 6 Prozent), Maschinenfabrik Hlumar in Landsberg 7 1/2 Prozent (i. B. 6 1/2 Prozent), Werkzeugmaschinenfabrik Fr. Andree in Tempelhof 4 Prozent (i. B. 0), Sächsische Turbinenbauabteilung normals Kuhnert & Co. in Weißen i. S. 6 Prozent (i. B. 4 Prozent). Aus den anstehenden Dividendenziffern spricht die Tendenz des Jahres 1904 sehr deutlich. Die Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Co. wird wahrscheinlich 10 Prozent (gegen 9 Prozent im Vorjahr) verteilen.

Die Mühlenbauanstalt normals Sed in Dresden erhöht ihr Kapital von 2,15 auf 3 Millionen.

Die Betzschau-Weiffagher Landwirtschaftliche Maschinenfabrik wird voraussichtlich eine Unterbilanz von 400 000 Mk. pro 1904 ausweisen.

Die Waffenfabrik Otto und Richard Lemm in Stettin hat Konkurs angemeldet.

Die elektrische Industrie befindet sich bekanntlich wieder in sehr guter Situation, das bezeugt neuerdings die Arbeitsmarktstatistik und der Jahresbericht des Vereins zur Wahrung der Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik. Die Arbeitsmarktstatistik bezeichnet das Lohnniveau als sehr „fest“. Der Jahresbericht der Bank für Handel und Industrie nennt die Lage der Lehmgewerlichen Unternehmen befriedigend und die Frankfurter Zeitung berichtet, diese Gesellschaft habe die Ausrüstung für elektrischen Betrieb der Straßenbahn in Haag übertragen erhalten und einen kleineren Auftrag für die Maschinenanlage der Kanalisation Harburgs a. G. Die Siemens-Schuckertwerke erhielten nach dem Berliner Tagblatt Aufträge auf elektrische Anlagen für den Hafen von Genoa im Werte von 1 1/2 Millionen Mark. Sehr bemerkenswert ist die Kapitalerhöhung der Aktien-Gesellschaft Wip & Genest in Berlin von 1,4 Millionen auf nicht weniger als 5 Millionen. Während diese Unternehmungen sich erweitern und immer größere Profitmassen liefern, vollzieht sich das Ende des Helios, den die Kräfte der letzten Jahre tödlich getroffen. Die Fabrik in Köln-Ehrenfeld wird von Siemens-Schuckert und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gemeinsam gekauft und stillgelegt und die am 18. Februar stattgehabte Generalversammlung hat fast einstimmig beschlossen, die Gesellschaft zu liquidieren. Was geschieht mit den Arbeitern und Beamten?

Aus der Metallwarenindustrie liegt der Geschäftsbericht der Metall- und Lackierwarenfabrik normals Gebrüder Wieg in Nürnberg vor. Die Verteilung des Gewinnes ist recht bemerkenswert: Der Reingewinn der Firma beträgt nach Abschreibungen, die die Verwaltung als reichlich bezeichnet (233 773 Mk. in 1903) 626 906,85 Mk. (563 063 Mk.), hierzu tritt der Vortrag mit 163 152,56 Mk., so daß die Summe von 790 059,41 Mk. zur Verfügung steht. Der Vorstand beantragte in der am 11. Februar abgehaltenen Aufsichtsratsversammlung die Verwendung wie nachfolgend: 396 000 Mk. zur Zahlung einer Dividende von 12 Prozent auf das volle Aktienkapital von 3 300 000 Mk., 20 485,50 Mk. für 5 Prozent Tantien an den Aufsichtsrat, 60 190,60 Mk. vertragsmäßige Tantien an den Vorstand, 51 025,40 Mk. Remuneration an kaufmännische Beamte, 51 315,94 Mk. Remuneration an Fabrikarbeiter und technisches Personal, 25 000 Mk. für Preisurteile und 186 041,59 Mk. (168 152) Vortrag auf neue Rechnung. Der Umsatz erhöhte sich um 1 000 000 Mk. und ergab die Nettosumme der verkauften Waren den Betrag von 6 240 000 Mk. Die Aufschichten für das laufende Geschäftsjahr werden als günstig bezeichnet.

Hinterlist und wissenschaftliche Fälschungen als Kampfmittel des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Der Hirsch-Lundersche Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter beliebt es, aus dem Hinterhalt mit Fälschungen gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu arbeiten, um das im Jahre 1904 verlorene Terrain wiederzugewinnen. Das ist eine klampfenweise, wie wir sie tatsächlich kaum erwartet hätten, obwohl wir nach den bisher gemachten Erfahrungen den Herren so ziemlich alles zugestanden haben. Es ist nämlich von dem genannten Verein ein kleines Heftchen herausgegeben worden, zur „Aufklärung“ über die tatsächlichen Leistungen des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter in Gegenüberstellung mit den tatsächlichen Leistungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Christlich-Sozialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Wir haben natürlich keine Veranlassung, nachzuprüfen, ob die Zahlenangaben für den „christlichen“ Verband stimmen, wir werden uns daher mit diesem Hirsch-Lunderschen Machwerk nur soweit beschäftigen, als unsere Organisation in Frage kommt. In der Einleitung wird vorweg bemerkt, daß diese Schrift nur für die agitatorisch tätigen Kollegen des Gewerkvereins bestimmt ist, also nicht für die Öffentlichkeit! Die Verbreitung ist demnach recht vorsichtig geschehen, und nur durch Zufall sind wir jetzt, viele Wochen nach dem Erscheinen, in den Besitz des Schriftchens gekommen. Das ist auch erklärlich, denn mer mit solchen Fälschungen umgeht, hat allerdings das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

Auf die ganze Selbstverherrlichung des Gewerkvereins in der Einleitung der Schrift wollen wir nicht eingehen, weil diese Thesen so oft widerlegt worden sind, daß wir unsere Kollegen mit einer nochmaligen Wiederholung dieser Sachen nur langweilen könnten. Es wird wiederholt, daß beim Gewerkverein die Leistungen in bestimmter Form gegenüber den Leistungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vom 26. März 1904 haben wir die nachstehende Antwort darauf erteilt:

„Man bedenke nur: alle drei Jahre stellt die Generalversammlung des Gewerkvereins die „Höhe und Dauer“ fest. Trotzdem aber bemißt sie der Generatrat „nach dem jeweiligen Stande der Vereinstasse“. Weiter: „es wird bezahlt“, und daneben: „ein klagarbares Recht auf dieselben stehen den Mitgliedern nicht zu“. Und zu den Worten „es wird bezahlt“ ist es Tatsache, daß beim Gewerkverein jede Unterstüfung, mit Ausnahme der Unterstüfung, ganz speziell in Berlin bewilligt werden muß. Und es ist kein Zufall, sondern bekräftigt nur die Regel, daß sich in Nr. 12 des Regulator auf Seite 94 ein Bericht der II. Kommission befindet, in dem zu lesen ist:

„Außerordentliche Unterstüfung wird in 8 Fällen bewilligt. Wegen nicht genügender Unterlage oder sonst nicht dem Statut entsprechenden Umständen müssen 13 Anträge abgeteilt werden. Ein Gesuch wird befristet, wenn weitere Information verlangt. Überstüfungsunterstüfung wird in 7 Fällen bewilligt, während 2 Anträge verweigert und 2 Anträge abgelehnt werden. Arbeitsloshausunterstüfung wird in 27 Fällen bewilligt, 3 Anträge werden abgelehnt und 1 Antrag verweigert. Streik- oder Maßregelung. Eine Maßregelung wird anerkannt, 3 Anträge verweigert, 3 Anträge abgelehnt und 1 Antrag als Arbeitsloshaus behandelt.“

„Jawohl! Es wird bezahlt, wenn der Generatrat etwas bewilligt! Eine Klage dagegen gibt es nicht!“ — Auf Seite 6 des genannten Schriftchens beginnen nun aber die offensibaren Fälschungen. Es heißt dort wörtlich: „Weiter heißt es in Statut des Metallarbeiter-Verbandes: Arbeitsloshausunterstüfung und Reisegeld dürfen in einem Jahr, nach vierjähriger Mitgliedschaft, 90 Mk. nicht übersteigen.“

Beim Gewerkverein kann nach vierjähriger Mitgliedschaft die Unterstüfung für Arbeitslosigkeit, Reisegeld, Überstüfungsunterstüfung und Erlaß der Beiträge in einem Jahr die Summe von 155 Mk. und mehr erreichen. Das ist doch ein gewaltiger Unterschied.

Doch weiter: im Metallarbeiter-Verband § 8, Abs. 1: „Mitgliedern, welche einen Hausstand führen, kann . . . eine Beihilfe zu den Überstüfungsunterstüfungskosten gewährt werden.“

§ 8, Abs. 2: „Der Beitrag zu den Überstüfungsunterstüfungskosten darf nicht übersteigen nach . . . dreijähriger Mitgliedschaft 30 Mk.“

Beim Metallarbeiter-Verband nur bis 30 Mk. und beim Gewerkverein bei derselben Dauer der Mitgliedschaft bis 50 Mk.

Diese wenigen Proben dürften genügen, um im Unterstüfungswesen den großen Unterschied zwischen Gewerkverein und Metallarbeiter-Verband jedem klar zu machen.“

Die Betonung legt der Verfasser auf die Worte: „Darf nicht übersteigen.“ Ja, wenn will man denn wissen machen, daß beim Gewerkverein in unbegrenzter Höhe oder auf unbegrenzte Dauer die Unterstüfung gezahlt werden? Wenn jemand das ganze Jahr arbeitslos ist, bezahlt dann der Gewerkverein das ganze Jahr lang die Unterstüfung? Es ist rein kindisch, sich an diesem Wortlaut festzuhalten. Jede Organisation setzt ihre Grenzen und nur sie sehen.

Aber wie schlau der Herr Verfasser ist, geht daraus hervor, daß er beim Gewerkverein die Leistungen der Unterstüfung für Arbeitslosigkeit, Reise, Überstüfungsunterstüfung und Erlaß der Beiträge zusammenrechnet, bei uns aber die Überstüfungsunterstüfung einfach fortläßt, und dadurch 90 Mk. gegen 155 Mk. stellt.

Ebenso nicht es mit den tatsächlichen Leistungen in Widerspruch, was hier von den Überstüfungsunterstüfungskosten gelagt ist. Denn unser Verband zahlt nach einjähriger Mitgliedschaft 20 Mk.

zweijähriger . . . 25
dreijähriger . . . 30
in Summa 75 Mk.

Das heißt: ein Mitglied bekommt jedes Jahr, sofern es unglücklich, den genannten Betrag. Das ist die Höchstleistung in drei Jahren bei uns, die beim Gewerkverein 50 Mk. beträgt. Dazu kommt noch, daß bei uns nach einem weiteren Jahre (also im vierten) 35 Mk., im fünften 40 Mk. Überstüfungsunterstüfungskosten gezahlt werden. Das sind in weiteren zwei Jahren abermals 75 Mk. bei uns, während der Gewerkverein dem, der die 50 Mk. erhalten hat, die nächsten zwei Jahre — nichts bezahlt!

Daneben können wir des Verfassers Wort variieren: „Die wenigen Proben werden genügen, um die Fälschungenmethode der Herren vom Gewerkverein erkennen zu lassen.“

Das war die Probe aus der Einleitung zu der Schrift des Gewerkvereins. Wir kommen nun zu den eigentlichen „Gegenüberstellungen“, die, wie wir zeigen werden, Fälschungen über Fälschungen enthalten.

Der Verfasser setzt die Leistungen der beiden Organisationen nebeneinander und schreibt:

Leistungen	
des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- u. Metallarbeiter.	des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes.
Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 6 Wochen	Nach einer Mitgliedschaft von weniger als 26 Wochen
„erhalten“ die Mitglieder bei Streiks oder Maßregelung pro Jahr:	und nur bei Maßregelung wegen Zugehörigkeit zum Verband, „dauer“ Mitglieder mit Genehmigung des Vorstandes erhalten:
Verheiratete bis zu . . . 130 Mk. Ledige bis zu . . . 75	pro Jahr: . . . 60 Mk.
Diese Unterstüfung „muß“ laut Beschluß des gesamten Generatrats bezahlt werden.	höchstens . . . 60 Mk. In außergewöhnlichen Fällen kann der Vorstand bei 13 wöchentlichen Mitgliedschaft ebenfalls schon Unterstüfung bewilligen.

Man sieht, daß die Leistungen unseres Verbandes falsch dargestellt sind. Ohne jede Strengezeit beträgt die Unterstüfung bei Maßregelung wegen Zugehörigkeit zum Verband bis zu zehn Wochen 6 Mk. — 60 Mk. Die außergewöhnlichen Fälle sind im Statut angegeben, nämlich Ausperrung und Abwehrstreik. Es wird bezahlt schon nach 13 Wochen Mitgliedschaft während der ganzen Dauer des Streiks oder der Ausperrung an Ledige 8 Mk., an Verheiratete 10 Mk., an weibliche Mitglieder 5 Mk. pro Woche. Diese Summen unterschlägt der Verfasser der Gewerkevereinschrift.

Das ist ja „nur“ eine, reichlich absichtlich falsche Darstellung. Es wird das Wesen unserer Unterstüfungsunterstüfung verdeckelt, um die eigenen (Gewerkevereins-) Einrichtungen in desto hellerem Lichte erscheinen zu lassen. Aber auch bei der Darstellung der eigenen Einrichtungen des Gewerkvereins hält sich der Verfasser nicht an sein Statut. Denn daß, was der Mann von den Leistungen schreibt, ist tatsächlich weder mit dem Statut des Gewerkvereins, noch mit dem „Neuen Reglement“ zur Ausführung der Unterstüfung bei Arbeitslosigkeit in Einklang zu bringen. Der § 2 des „Neuen Reglements“ lautet nämlich:

„Nach einer Mitgliedschaft von 26 Wochen erhalten Mitglieder, welche infolge von Maßregelung oder Ausperrung arbeitslos sind, wenn Ausschub, Ortsunterstüfung und Generatrat (!) die Berechtigung anerkennen, vom dritten Tage ab ein Hilfsgehalt von pro Woche 15 Mk. für Verheiratete, 10,50 Mk. für Unverheiratete sowie unentgeltliche Abspeisung der Beiträge und erstere die in § 13 festgesetzten Überstüfungsunterstüfungskosten.“

Was nicht nach sechs Wochen, sondern erst nach 26 Wochen beginnt die statutarische Unterstüfung, und nur bei Ausperrung und Maßregelung.

Das Wort „Streik“ scheint direkt verpönt zu sein, es findet sich nur in § 7 des „Neuen Reglements“, welcher wie folgt lautet:

„Wenn Mitglieder infolge eines Streiks oder einer Ausperrung auf die Wanderjahre gehen, so tritt an Stelle der vorbezeichneten Unterstüfung die Heimunterstüfung nach § 8.“

Nach diesem Wortlaut haben die Mitglieder des Gewerkvereins überhaupt kein statutarisches Anrecht auf Streikunterstüfung, denn weder das Statut, noch das alte oder das neue „Reglement“ enthalten irgend eine weitere Bestimmung die Streikunterstüfung betreffend, als den soeben mitgeteilten § 7.

Trotzdem erklärt ja wohl ein sogenannter „besonderer Fonds“, und ist dieser am Ende wohl die Lücke, aus der — nach der Gnade des Generatrats — ohne statutarisches Anrecht Unterstüfungen an die weniger als 26 Wochen organisierten Mitglieder bezahlt werden.

Die größten Fälschungen kommen nun jedoch in den folgenden Abschnitten. Es steht in dem Schriftchen zu lesen:

Leistungen	
des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- u. Metallarbeiter.	des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes.
Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 26 Wochen	Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 26 Wochen.
„erhalten“ die Mitglieder bei Streiks oder Maßregelung pro Jahr	Es kann gewährt werden“ bei Streik oder Maßregelung pro Jahr
Streik- oder Maßregelungs- unterstüfung bis . . . 195 Überstüfungsunterstüfung bis . . . 60 Reisegeld bis . . . 60 Erlaß der Beiträge für alle Stufen bis . . . 13	Streik- oder Maßregelungs- unterstüfung bis . . . 182 für Kinder bis zu . . . 65 Mitglieder können unter be- sonderen Umständen er- halten Reisegeld bis . . . 20
Zusammen in einem Jahre bis 308	Zusammen in einem Jahre bis 267

Die Beiträge für Gewerkverein, Kranken- und Begräbniskassen werden von den Unterstüfungsgeldern nicht abgezogen. Dauer der Unterstüfung durch Generatratsbeschlus bis 26 Wochen.

Jeder Kenner unseres Statuts sieht auf den ersten Blick die großen Fälschungen in der Darstellung unserer Leistungen. Die erste Fälschung ist das Wörtchen „oder“ in dem Satz: „Es kann gewährt werden bei Streik oder Maßregelung pro Jahr Streik- oder Maßregelungsunterstüfung.“ Dadurch werden die Gewerkvereinsagitatoren angehalten, ihren gläubigen Zuhörern vorzutäuschen, daß bei uns wie beim Gewerkverein an Streik- und Maßregelungsunterstüfung zusammen nicht mehr als 182 Mk. bezahlt werde. Diese Fälschung bringt der Verfasser fertig, indem er die §§ 9 und 30 unseres Statuts zusammenwirft. Tatsächlich aber kann bei uns jedes Mitglied Streik- und Maßregelungsunterstüfung nacheinander beziehen.

Durch die Darstellung in der Gewerkevereinschrift wird übrigens auch der Anschein erweckt, als sei die Streikunterstüfung bei uns auf 13 Wochen im Jahre beschränkt. Das jemand so etwas schreibt, ist denn doch der Gipfel der Unverfrorenheit oder der Dummheit. Es sind doch mehr als Dutzende von Tatsachen bekannt, daß Streiks weit, weit länger als 13 Wochen gedauert haben. Beim Gewerkverein wird nach dem jetzigen (neuen) Reglement, nachdem 13 Wochen gestreift worden ist, die niedrigere Orts- oder Heimunterstüfung bezahlt, bei uns wird die volle Streikunterstüfung so lange bezahlt, bis der Streik vom Verband für beendet erklärt worden ist! Wenn dann jemand wegen des Streiks oder aus anderen Ursachen als gemäßregelt zu betrachten ist, dann bekommt er selbst nach einem Streik, der fünf Monate oder noch länger gedauert hat, noch die volle Maßregelungsunterstüfung auf 13 Wochen. Und hat er dann noch keine Arbeit, so tritt immer noch die Orts- oder Heimunterstüfung in Kraft.

Natürlich ist es überhaupt ein Unsinn, auf solche Art die Höchstleistungen berechnen zu wollen, weil ja kein Mensch die Dauer eines Streiks im voraus berechnen kann, und weil ein Kollege an einem oder an verschiedenen Orten in einem Jahre an mehreren Streiks beteiligt sein kann. Und eben deshalb kann auch nur eine „Organisation“ wie der Gewerkverein sich bloßdünne Rechnung aufstellen. Wollten wir ebenso rechnen, dann käme aber im Gegensatz zu der Gewerkevereinschrift bei uns folgende heraus:

Streikunterstüfung	182 Mk.
Auschub für Kinder	65 =
Maßregelungsunterstüfung	182 =
Auschub für Kinder	65 =
Ortsunterstüfung oder Reisegeld	60 =
Summa 554 Mk.	

Denn, eben weil bei uns die Beiträge abgezogen werden, ist ein solcher Kollege (wir wollen niemanden diese Perdekul wünschen) inzwischen auch zum Bezug der Ortsunterstüfung berechtigt geworden. Es ist und bleibt jedoch eine Fälschung größter Art, wenn der Gewerkverein die Behauptung aufstellt, daß Streik- und Maßregelungsunterstüfung zusammen nur 13 Wochen bezahlt werden. Nach jedem Streik, daß wiederholen wir: kann das Mitglied, das als gemäßregelt zu betrachten ist, noch volle 13 Wochen Maßregelungsunterstüfung innerhalb 52 Wochen beziehen.

Die zweite Fälschung liegt darin, daß behauptet wird, es könne jemand, der 26 Wochen Mitglied ist, nach einem Streik, oder bei einem Streik, nur 20 Mk. Reisegeld beziehen. Kann jemand während des Streiks außerhalb Arbeit erhalten, so bekommt er ohne weiteres das volle Reisegeld nach dem betreffenden Ort. „Abschieben“ nennt man das. In der Streik- und der Ortsunterstüfung, so erhält er so lange Heimunterstüfung, bis er einen Arbeitsplatz gefunden hat. Das auf 20 Mk. festsetzen zu wollen, ist genau so unvernünftig, wie die ganze Berechnung in dem von A bis Z mit Fälschungen gefüllten Heftchen.

Nachdem wir nun gezeigt haben, daß unsere Höchstleistung laut Statut schon bei 26 Wochen Mitgliedschaft die Höchstleistung des Gewerkvereins (die nachstehend folgt) bei vierjähriger Mitgliedschaft ganz gewaltig übersteigt, brauchen wir uns mit den

nachfolgenden Rechnungen nur noch insoweit zu beschäftigen, als wir wieder Fälschungen nachzuweisen haben.

Leistungen

des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 1 Jahr: Wie bei 26wöchentlicher Mitgliedschaft bis 305

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 1 Jahr: Wie bei 26wöchentlicher Mitgliedschaft "f a n n" gewährt werden bis 267

Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 3 Jahren: Berechtigung pro Jahr wie bei einem Jahre bis zu 415

Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 3 Jahren: Zur Gesamtsumme bei einjähriger Mitgliedschaft steigt die Ortsunterstützung und Überiedelungsunterstützung pro Jahr um 30

Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 4 Jahren: Berechtigung pro Jahr wie bei drei Jahren bis zu 445

Nach einer Mitgliedschaft von mindestens 4 Jahren: Zur Gesamtsumme bei dreijähriger Mitgliedschaft steigt die Ortsunterstützung und Überiedelungsunterstützung pro Jahr um 15

Zunächst ist hier wieder bei den eigenen Leistungen des Gewerkevereins ein Taschengeldstückchen zu verzeichnen. Es muß doch auffallen, daß die Überiedelungskosten, die nach dreijähriger Mitgliedschaft bezahlt werden, in der zahlenmäßigen Berechnung beim Gewerkeverein fehlen!

Die in dieser Broschüre dargelegte Gegenüberstellung der Leistungen verschiedener Organisationen soll es allen unseren agitatorisch tätigen Kollegen erleichtern, jenen unwarhnen Behauptungen anderer Seite entgegenzutreten, als Hände des Unterstützungsweises des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter nicht auf der Höhe der Zeit.

Auf der letzten Seite des Fälscher-Werkes steht dann noch eine Wiederholung längst widerlegter Fälschungen, auf die wir eben deshalb nicht weiter eingehen brauchen, weil wir auch nur wiederholen könnten.

Nun aber, nachdem wir uns durch diesen Wust von Verdrehungen, Entstellungen, Unterschlagungen und Fälschungen durchgearbeitet haben, müssen wir doch daran denken, das Unsinnsige dieser ganzen "Beweisführung" der "Gegenüberstellung" unterzulegen. Das geschieht, indem wir die wirklich gezahlten Unterstützungen pro 1903 (für 1904 liegen die Zahlen noch nicht vor) hier nebeneinanderstellen.

Table with 3 columns: Item, Metallarbeiter-Verband, Gewerkeverein der Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Rows include Reisegeld, Arbeitslosenunterstützung, Notlagenunterstützung, Rechtschutz, Überiedelungsgeld, and Gesamtsumme.

Einzig und allein das vorstehende ist eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Leistungen. Das was der Gewerkeverein in seiner Schrift als solche angibt, ist eben nur eine Gegenüberstellung gefälschter naturlicher "Rechte", gefälscht zugunsten des Gewerkevereins!

Table with 3 columns: Item, Metallarbeiter-Verband, Gewerkeverein. Rows include Reisegeld, Arbeitslosenunterstützung, Notlagenunterstützung, Rechtschutz, Überiedelungskosten, and Gesamtsumme.

Hier ist es klar zu ersehen, in welchem Maße der Gewerkeverein seine Taschengeldstücke treibt. Das 6fache pro Kopf der Mitglieder an Ausgaben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat der Verband zu verzeichnen!

Die in dieser Broschüre dargelegte Gegenüberstellung der Leistungen verschiedener Organisationen soll es allen unseren agitatorisch tätigen Kollegen erleichtern, jenen unwarhnen Behauptungen anderer Seite entgegenzutreten, als Hände des Unterstützungsweises des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter nicht auf der Höhe der Zeit.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Der große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat Wunder gewirkt. Zahlreiche eifrigen Bemühungen wahrer und einseitiger Arbeiterfreunde war es nicht gelungen, die den verächtlichen religiösen und politischen Anscheinungen zuneigenden Bergarbeiter zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammen zu fassen.

falls diese es sich wirklich einmal beikommen lassen sollten, bescheidene Forderungen zu stellen, sie aus Dankbarkeit für die Bekämpfung der Sozialdemokratie gerne bewilligen. So ungerne hatten sich die überaus klugen Gründer der christlichen Sonderorganisationen die Entwicklung der Dinge ausgemalt.

Entsprechend den beiden im Zentrumslager vorhandenen, sich auf das heftigste bekämpfenden Strömungen: Interkonfessionelle christliche Gewerkschaften auf der einen, Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine auf der anderen Seite, sucht man sich auf verschiedene Art mit dem Bergarbeiterstreik abzufinden.

Während in dieser Zeit des Zentrumslagers und der Zentrumspresse, weniger aus sozialem Empfinden, als aus politischen Rücksichten und unter dem Zwange der Verhältnisse, dem man sich nicht entziehen konnte, vorläufig die Partei der Bergarbeiter ergriß und den Streik für berechtigt erklärte, benützte der andere für Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine eintretende Teil den Streik, um an ihm die Verwerflichkeit der wirtschaftlichen Machtkämpfe nachzuweisen.

Alle Industriellen werden durch denselben (den Bergarbeiterstreik) in Mitleidenschaft gezogen; traurig wird es dann um diejenigen Arbeiter stehen, die sich unseren Organisationsbestrebungen ferngehalten hat. Angesichts solcher, das gesamte öffentliche Wohl schwer gefährdender Zustände, angesichts solcher Kämpfe, unter denen die Arbeiter am meisten leiden müssen, sollte man glauben, daß die mächtigen Organisationen sowohl auch der Arbeitgeber wie auch der Arbeiter aller Christen dahin streben müssen, diesem rohen Faustrecht ein Ende zu machen.

Und in Nr. 3 dieses Korrespondenzblattes des Arbeiter heißt es, nachdem eine Anzahl durch die Höhe der Löhne nötiger gewordenen Werks-einstellungen angeführt sind: „Diese Ausföhrung, die natürlich nicht den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zeigt, wie tief die Arbeitskämpfe in die rechtlichen Beziehungen der verschiedensten Stände und Gesellschaftsklassen eingreifen und wie ungeheuer durch dieselben das Allgemeinwohl geschädigt wird.“

Die Betrachtung schließt mit den Worten: „Es gibt eben nicht eher einen sozialen Frieden, als bis man sich auch im Wirtschaftsleben wieder unter die fittliche Wahrheit beugt, die unversehrt und unverwundet die katholische Kirche allein allen Völkern und Zeiten bewahrt.“

Der Streik der im Zentrumslager über die Frage: interkonfessionelle Gewerkschaften oder Fachabteilungen katholischer Arbeitervereine noch nicht zum Abschluß gekommen war, ist nun wieder zu bester Lust und dürfte wesentlich weitere Kreise ziehen als bisher; denn einerseits ist der Teil der Zentrumspresse, der für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften eintritt, gewungen, entschieden gegen die Ausföhrungen des Arbeiter und seiner Wintermänner sich zu wenden, wenn die interkonfessionelle Richtung nicht im Zentrumslager immer mehr an Boden verlieren soll, denn manchen, der die christlichen Gewerkschaften mit aufpäppeln half, dürfte es doch, als er sah, wie diese beim Bergarbeiterstreik trotz aller Vergebung mit ihren andersdenkenden Klassenangehörigen brüderlich vereint Schulter an Schulter kämpften, fast überlaufen sein; andererseits dürfte die für Fachabteilungen eintretende Richtung sich dies für sie so günstige Moment nicht entgehen lassen.

Bei der Richtung des Arbeiter gibt es keinen Frieden, erklärte vor einigen Tagen die Kölnische Volkszeitung in einem sich mit diesem Streik beschäftigenden Artikel. Hoffentlich konnten die katholischen Arbeiter bald zur Einsicht und entheben die Herren beider Richtungen von diesem Streik dadurch, daß sie beiden den Rücken kehren und sich nicht nur vorübergehend, sondern dauernd mit ihren Klassenangehörigen zu einheitlicher Organisation zusammenschließen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Um Irrtümern zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 5. März der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. März 1905 fällig ist.

Nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern

Der Verband gewährt nach 52 Wochen Mitgliedschaft bis 50 Mk. Notlagenunterstützung auf Antrag der Ortsverwaltung. Der Gewerkeverein gewährt nach fünf Jahren bis 10 Mk. nach zehn Jahren bis 20 Mk., wenn Zuschuß, Ortsversammlung und Generalrat die Notwendigkeit anerkennen. Kommerzial-überwiegend!

Märten wir uns gerne bereit, den Wünschen Folge zu leisten. Doch die Rechnung wurde ohne den „Christlichen“ Vorstand gemacht. Diese Leute haben ihren Ortverein gefährdet, sie sind deshalb sogar so weit gegangen, dem Wirt, der uns sein Lokal zur Verfügung stellen wollte, anzudrohen, wenn von unserer Seite eine zweite Versammlung dort abgehalten wird, entzügen sie ihm den Verdienst! Der Wirt, abhängig von diesen „Herren“, mußte nachgeben. Glauben diese „Herren“ etwa, daß sie sich als Diktatoren von Großenbaum aufstellen können? Nun, es soll ihnen noch gezeigt werden, daß wir auch ohne Lokal dort bald festen Fuß fassen werden. Es wäre für die „Christlichen“ jedenfalls eine würdigere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Zustände auf den Werken besser werden, als der Sozialabtreiber obzuliegen. Daß sie aber dazu keine Lust verspüren, haben die christlichen Arbeiter auf dem Werke schon gemerkt. Das geht aus den Ausführungen hervor, die ein Christlicher dieser Lage machte, er erklärte: „Wenn die Freien jetzt eine Versammlung haben, bringe ich die ganzen Zustände dort vor.“ Natürlich hatte darauf ein Herrsch-Dunderfischer nichts eiligeres zu tun, als diese Aushierung dem Meister zu überbringen und der Arbeiter erhielt darauf seine Kündigung. Noch eine Frage an den christlichen Vorstand in G.: Ist das Demuniantenstückchen des Mitgliedes des „Rabauentums“, „Weißer vom Gewerbegericht“, „Aufsichtsratsmitglied“, „Arbeitsvertragsvertreter und Beisitzer im Christlichen Vorstand“ schon geregelt? V.

Frankenthal. Die Frankenthaler Kesselschmiede und Maschinenfabrik Kühnle, Kopp & Kausch sucht zurzeit in auswärtigen Blättern tüchtige Kesselschmiede unter dem Versprechen hoher Löhne und dauernder Beschäftigung. Wie es mit den hohen Löhnen aussieht, mögen die Kollegen aus nachstehendem entnehmen. Der Lohn für ausgeleitete Kesselschmiede beträgt 18 Pf., er steigt dann auf 32 bis zum Schichtlohn von 36 Pf. Seit Herr Techniker Wlinski das Affordwesen über sich hat, werden die Afforde derartig schlecht angefertigt, daß es dem besten Arbeiter meistens unmöglich ist, nur einigermaßen etwas zu verdienen. Ist aber wirklich einmal etwas verdient worden, dann muß erst nach dem Zehntel ein gehöriger Knoch gemacht werden, um überhaupt diesen Mehrverdienst zu bekommen. Was die eigentlichen Fabrikverhältnisse anbelangt, so lassen diese auch sehr viel zu wünschen übrig. Ventilation und Heizung sind nicht vorhanden, wenn man nicht einige primitive Kesselschmelzen als Heizung betrachten will, so daß die Kesselschmiede gezwungen sind, an kalten Wintertagen in Rauch, Staub und Kälte ihre Arbeit zu verrichten. Die Aborte sind derartig schlecht beschaffen, daß es in den Sommermonaten vor Gestank kaum auszuhalten ist. Eine Wäscheeinrichtung ist ebenfalls nicht vorhanden. Hier darf keines getrunken werden, wahrscheinlich der schlechten Löhne wegen. Überstunden werden sehr viele gemacht, jedoch ohne jeden Zuschlag. Außer diesen Mißständen sind natürlich noch viele andere vorhanden. In ihrem eigenen Interesse eruchen wir daher die Kollegen allerorts, diese Firma zu meiden, wenn sie nicht unangenehme Erfahrungen machen wollen. Wir sind der Meinung, daß die Firma hier genug Kesselschmiede erhalten könnte, wenn sie ordentlich bezahlte würde, aber die hiesigen Kesselschmiede ziehen es bis jetzt noch vor, lieber als Zuschläger oder Tagelöhner in einem andern Betrieb beschäftigt zu werden, als bei einem Schundlohn eine große Verantwortung zu übernehmen. Den bei der Firma beschäftigten Kollegen möchten wir zurufen: Schließt euch Mann für Mann dem Metallarbeiter-Verband an, um auch in diesem Betrieb menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Frankenthal. Mit welchen mitunter schätzbaren Mitteln die hiesige Zählstelle des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes ihr kümmerliches Dasein fristet, beweist folgendes: In Nr. 3 des Organes der christlich-sozialen Metallarbeiter erschien ein Artikel, der sich nach einigen Ausfällen auf die „roten Kollegen und Freiheitshelden“ (der Arger über unsere starke Organisation blüht so richtig durch) mit den Zuständen in der Schmiede der hiesigen Schneidpressenfabrik und dem Verhalten unseres Vertrauensmannes, Kollegen Vollmer, befaßt. Zuerst wird lesterem der Vorwurf gemacht, daß er einen in christlichen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen Namens Frei lange bearbeitet hätte, bis er in unsern Verband übergetreten wäre. Hierzu ist zu bemerken, und damit kommt die Mehrzahl dieser Patentschriften so recht zur vollen Geltung: Fraglicher Frei erklärte unserm Vertrauensmann Vollmer und auch einem andern Kollegen auf deren Frage, ob er organisiert sei, daß er im christlichen Verband wäre, es gefiele ihm jedoch dabei nicht, er sei sechs bis acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand und wolle sich deshalb im christlichen Verband ausschließen lassen. Frei ließ sich hierauf in den Deutschen Metallarbeiter-Verband aufnehmen, bezahlte auch tatsächlich seine Aufnahme und den ersten Wochenbeitrag. Als der Vorliegende Vöble des christlichen Verbandes, der ebenfalls in dem Betrieb als Schmied beschäftigt ist, dieses erfuhr, machte er Vollmer Vorhaltungen hierüber. Letzterer stellte nun den Frei in Gegenwart von Vöble zur Rede. Frei mußte dabei zugeben, daß er ganz aus eigenem Antrieb gehandelt habe. Auf welcher Seite die „Bearbeitung“ des Kollegen Frei liegt, mag die Tatsache beweisen, daß er durch Vöble dem „Christentum“ wieder zugeführt wurde. Hierbei ist zu beachten, daß Vöble und Frei Werkzeugschmiede sind und letzterer, als der jüngere, in gewissem Sinne von ersterem abhängig ist. Das Mitgliedsbuch des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes wurde mit feierlichem Pomp von der Frau des Frei verbrannt. — Dann jagt der christliche Artikelschreiber in seinem Organ weiter von belobtem Material der roten Freiheitshelden. Fraglicher Frei wurde, kurz nach seiner Wiederorganisation für den christlichen Verband, auf einige Tage zu einem andern Schmied als Zuschläger gestellt, weil gerade Mangel an Zuschlägern vorhanden war. Dem Frei soll nun sein Bier weggenommen und dafür Wasser hingegossen worden sein. Des ist eine absolute Unwahrheit. Tatsächlich stand das Bier auf seinem Platz, der etwas verdeckt war, und die Wasserflasche stand neben dran. Aus Versehen erwischte dann Frei die leere, trank einen Schluck und stellte sie, als er merkte, was sie enthielt, im Arger wieder auf ihren Platz, ohne sich nach seinem Bier umzusehen. Als später der Frei aufmerksam gemacht wurde, daß das Bier immer noch an seinem alten Platz liege, trank er es trotzdem nicht mehr, angeblich weil es verunreinigt sein könnte. Ob dieses der Grund, oder ob es der Arger über die Klage war, mag dahin gestellt sein. Weiter soll dem Frei an einem andern Tage der Hammerriß mit Holz und Öl verschmiert worden sein. Das ist ebenfalls unrichtig, so glauben wir gerne, daß das Verschmieren mit Öl geschehen ist, ob es aber gerade einer von den roten Kollegen gemeint ist, wollen wir billig bezweifeln, ebenso nehmen wir an, daß das Verschmieren mit einer anderen Substanz nur eine Annahme in der Phantasie des Verärgerten war. Wir sind weit entfernt davon, diese Schweinerei zu verteidigen, im Gegenteil halten wir ein solches Gebahren eines organisierten Kollegen unwürdig, allein der Artikelschreiber mußte doch auch wissen, daß dies ein altberühmter Witz ist, der nicht allein bei der Firma Albert gepflegt wird. Nichtsdestoweniger müssen wir darauf hinweisen, daß Frei gerade an diesem an den anderen Tagen ebenfalls seinem Nebenkollegen den Hammerriß verschmiert hat. Also was heißt bei der Wahrheit bleiben, meine Herren, und nicht allein Gerechtigkeit verlangen für die eigene Person, sondern auch dem Gegner solche Zugeständnisse zu widerlegen, werden aber zu gegebener Zeit mit anderem Material zur Verfügung stehen.

Leipzig. Die Heizungsmonteure und H-Ifer hielten am 19. Februar im Metallarbeiterklub eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Rahmann über die Einführung der Gewerkschaften sprach. Zunächst ging der Referent auf die Entwicklung des Untergangswesens der Gewerkschaften im allgemeinen ein, schilderte in eingehender Weise, welchen großen Nutzen deren Einführung für die Organisation gebracht hat und betonte dann die neue Vorlage des Reichstages. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist mit der Einführung der Gewerkschaften einverstanden und sie ist der Meinung, daß diese Einrichtung vorteilhaft für die Metallarbeiter werden wird.“ Unter Gewerkschaften wurde ein Vereinigungsbund von Arbeitern und den einzelnen Betrieben ein Vertrauensmann gewählt. Kollege Rahmann forderte die Kollegen auf, um dafür zu sorgen, dem Ver-

band alle Kollegen zuzuführen, damit wir auch einmal in die Lage kommen, uns bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Markt-Medwig. Immer mehr Profit will das Kapital gewinnen. Die Arbeiter der hiesigen Firma H. Kocktroh sind nicht auf Rosen gebettet, die Behandlung, die ihnen von dem Meister B. und dem Vizemeister S. zuteil wird, läßt viel zu wünschen übrig. Aber nicht genug damit, am 2. Februar ist nun folgender Witz entlassen worden: „Bekanntmachung. Es wird von jedem Dreher, Hobler, Bohrer und Fräser verlangt, seine Maschinen so schnell wie nur irgend möglich laufen zu lassen. Bei Nichtbeachtung obiger Anordnungen müßte mit Entlassung vorgegangen werden.“ Die Arbeiter sollen also bei dem riesigen Stundenlohn von 17 bis 25 Pf. noch mehr ausgenutzt werden. Die Arbeiter würden nun sehr leicht eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen können, wenn sie sich organisiert, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen hätten. Mügen sie das bisher Verfügte nachholen.

Müßelshelm. In den Fahrradwerken von Opel sind Differenzen ausgebrochen wegen bedeutender Abzüge, die den Schleifern gemacht werden sollen. Da die Firma überall Schleifer sucht, so wird er sucht, den Zugang fernzuhalten.

Schwenningen. Am 18. Februar fand hier eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene Versammlung statt, in der Kollege Vorhöfner über die in einigen hiesigen Fabriken vorgenommenen und noch geplanten Lohnabzüge referierte. Der Referent betonte eingangs seiner Rede, daß er sich eigentlich heute mit einem andern Thema befassen sollte, und es geradezu traurig sei, daß, nachdem in letzter Zeit mit Vorschlägen zu einheitlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Arbeitgeber der Uhrenindustrie vom Metallarbeiter-Verband eingereicht worden sind, noch Abzüge in solchen Maßstabe gemacht werden. Zunächst sei es die Firma Th. Ernst & Söhne, die sich in letzter Zeit mit Abzügen ganz besonders hervorgetan hat. An der Hand von Material konstatierte der Referent, daß Abzüge bis zu 25 Prozent gemacht wurden. Wenn auch bei einigen Artikeln die Abzüge nicht so hoch sind, so summiert es sich die Woche und das Jahr hindurch doch zu ganz ansehnlichen Beträgen. Ebenso sind in der Metallwarenfabrik von J. Gacke in einer Branche Abzüge von 50 Prozent gemacht worden. Diese Firma hat aber wieder zugelegt und die betreffende Arbeit auf andere Methode hergestellt, so daß die Arbeiter jetzt so ziemlich wieder auf ihren alten Verdienst kommen. Bei den Vereinigten Uhrenfabriken sind ebenfalls Abzüge zu verzeichnen, doch treffen da die Abzüge größtenteils die Kompagnieführer, welches altertümliche System unbedingt abgeschafft gehört. Dasselbe ist jedoch bei der Firma Mauthe noch viel größer vorhanden, denn bei dieser Firma bezahlt der Kompagnieführer seine Leute und ist es schon vorgekommen, daß die Arbeiter in Wirtschaften ausbezahlt worden sind. Ebenso wäre es bei dieser Firma endlich einmal an der Zeit, mit der 10/16-stündigen Arbeitszeit aufzuräumen und die zehntündige an ihre Stelle treten zu lassen. Von der Firma Schenker & Kienze brachte der Referent einen Anschlag über ihre Betriebskasse zur Verlesung, der in mancher Beziehung gerechtfertigt sein mag: aber es wäre auch angebracht, wenn die Arbeitgeber für gesündere Verhältnisse in den Betrieben sorgen würden, denn wenn in einem Saale 60 bis 80 Arbeiter fünf Stunden angezogen arbeiten und jegliche Ventilation fehlt, so ist es unzweifelhaft, daß durch schlechte Luft und Hitze viele Krankheiten zutreffen. Redner kommt nun auf das Eingangs in Nr. 27 der Redaktionsstelle zu sprechen, dessen Aufsatz leicht erraten werden konnte. Daß in der letzten Versammlung ein wesentlich anderer Ton angeklungen worden ist als in dem Rundschreiben, mag ja wohl der Fall sein, allein er könne nicht helfen, denn ein altes Sprichwort sagt: Wo Holz gehauen wird, fallen Säbne. Weiter führte der Redner aus, daß die Vorschläge zur einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem ganzen Schwarzwalde in öffentlichen Versammlungen zur Zustimmung gelangt sind und überall einstimmig angenommen wurden. Wollen nun die Arbeitgeber diese gerechten und durchführbaren Forderungen nicht anerkennen, so sei das für die Arbeiter ein deutlicher Fingerzeig, daß sie ihre Organisation noch verbessern müssen. Ganz besonders wurde noch die Württembergische Uhrenfabrik hervorgehoben, indem diese in anerkannter Weise diese Forderungen mit den Vertretern der Arbeiter durchberaten und als bewilligt in ihre Arbeitsordnung aufgenommen hat. Daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Tätigkeit besitzt, Tarife abzuschließen, ist schon längst bewiesen. Nachdem der Redner noch die Leistungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bekannt gab, forderte er die Anwesenden nochmals auf, diesem beizutreten, der nun eine Mitgliederzahl von über 200.000 hat und eine jährliche Einnahme von circa 4 Millionen Mark. Stürmischer Beifall, sowie eine stattliche Zahl Anmeldungen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband lohnten den Redner für seine treffenden Ausführungen.

St. Georgen (im Schwarzwalde). Neue Zustände scheinen in der n. hiesigen Werkstätte von Kammmerer & Saacke zu bestehen. Dort wurde vor einigen Tagen den Kollegen mittels Anschlags bekanntgegeben: „Von Montag den 20. Februar ab wird bis auf weiteres bis um 7 Uhr gearbeitet.“ Da der Verdienst in diesem Eldorado nun ein ganz erbärmlicher ist, der Höchstlohn ist für Schlosser oder Dreher 28 Pf. die Stunde (!), so wurde ein Kollege vorstellig und fragte, ob denn für die Überstunden etwas mehr bezahlt würde. Doch da kam er aber schon an. Der Werkführer Reuber schmatzte den Kollegen gehörig an für seine „Dreißigkeit“ und auch dafür, daß er (der betrocknete Kollege) immer der sei, der um Lohnhöhung komme. Der „Glückliche“ befiel nämlich den Höchstlohn von 28 Pf. Die Arbeiter erklärten nun: ohne Anschlag keine Liebesgaben! Nun hängt die Firma am 22. Februar folgendes Plakat aus: „Durch die in den letzten Tagen vorgekommenen Widererklichkeiten sehen wir uns gezwungen, die vierzehntägige Kündigungszeit aufzuheben und hierfür die einjährige einzulösen.“ Höher geht's wohl nimmer. Die Firma sollte doch lieber gleich ansagen: Wer nicht tanzt wie wir pfeifen, wird wegen Widerstand der Polizei übergeben. Zwei Mann wurden nun wieder vorstellig und erklärten, daß die Arbeiter mit der willkürlichen Abschaffung der Kündigungszeit nicht einverstanden seien. Darauf antwortete Herr Reuber: „Ich stelle mir andere Leute ein und Sie müssen heranz.“ Die Firma sucht nun im Schwarzwalder Boten Schloffer und Dreher im Alter von 16 bis 17 Jahren, da sie selbst mit diesen dann anfangen zu können was ihr beliebt. Die sie jedoch derartige junge Leute ausbezahlt, davon ein Beispiel: Vor Weihnachten jung ein 18 Jahre alter Kollege an. Er erhielt einen Stundenlohn von 10 Pf. und schreibe 18 Pf. Er hat auf längeres Drängen wurden ihm dann 4 Pf. zugelegt. Die Kollegen mögen aus vorstehendem nun wohl erkennen, daß in der Werkstätte keine glänzenden Verhältnisse bestehen und erfahren wir deshalb, auf die Arbeitsangebote der Firma nicht hinzuzugehen, sondern diese Werkstätte zu meiden. Die Schwarzwalder Arbeiter aber mögen sich ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, damit die unwürdigen Zustände im Uhrenindustriegebiet endlich einmal abgeschafft werden können.

Bernau. Am 19. Februar hatten wir eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen, in der Kollege Brandes aus Mandenburg über: „Welche Aufgaben hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu erfüllen und welchen Nutzen schafft er seinen Mitgliedern?“ referierte. Der Redner erzielte für seinen vortrefflichen Vortrag den ungeheuren Beifall der Versammlung. In der Diskussion wurden die Mißstände in den einzelnen Betrieben besprochen. Bei den Säbers seinen Lohnzettel nicht annehmen, soll 10 Pf. Strafe bezogen, desgleichen wer sich zu seinen Gunsten verhalten. Wer sich aber zu seinem Schaden verhalten, bekommt nicht mehr als er verdient. Weiter wurde Beschwerde geführt über Mangel an Wäsche und Speiseräumen, Spinden u. s. w. Um in diesen Dingen eine Einigung zu erzielen, waren der Geschäftsführer und ein Meister zu dieser Versammlung eingeladen, aber leider nicht erschienen. Sie hätten sich aber entschuldigt. Zum Schluß wurde noch ein Arbeiterausflug von fünf Mann für diese Fabrik gewünscht, der in Verhandlungen mit der Firma treten sollte. Die Firma will diesen Auszug nun nicht anerkennen, sie glaubt, daß Mitglieder dieser Sache besser werden können. Da wir aber 99 Prozent der Arbeiter

im Verband haben, wird das Resultat nicht anders werden, auch wenn die Firma eine Versammlung in der Fabrik einberuft. Auf keinen Fall werden unsere Mitglieder eine Person wählen, die nicht organisiert ist. Die Versammlung hat auch insofern ihren Zweck erfüllt, als wir Aufnahmen zu verzeichnen hatten, so daß wir jetzt 129 Mitglieder sind. Natürlich heißt es nicht aufhören zu arbeiten, damit auch die letzten noch Fernstehenden für uns gewonnen werden.

Schlüger.

Groß-Schönau. Wie den Eingeweihten ja hinlänglich bekannt ist, kann die Tariftgemeinschaft im Metallschlaggergewerbe in Dresden und Gärth hauptsächlich aus dem Grunde nicht wieder zustande, weil in der Oberlausitz keine Tariftgemeinschaft erreicht worden ist und von der die Schleiender Konkurrenz befürchtet wird. Daß die Unternehmer dieses Gewerbes in der Oberlausitz die rückständigsten sind, ist genügend bekannt. Aber immer werden von ihnen neue Maßnahmen getroffen, um sich diesen Ruf zu erhalten. Der Streik von 21 Wochen im Jahre 1903 brachte den Gehilfen zwar nicht den erhofften Tarif, aber eine Lohnhöhung von 13 auf 14 Pf. pro Schlag. Außerdem verpflichtete die Forderung ihre Mitglieder durch Beschluß, nach einem sogenannten Arbeitsvertrag arbeiten zu lassen. In diesem Vertrag wurde auch der Preis von 14 Pf. pro Schlag festgelegt. Nach dem Streik hob sich das Gewerbe zu einer Höhe, die vorher nie erreicht worden war. Dies geht am deutlichsten aus der Zahl der beschäftigten Arbeiter hervor. Vor dem Streik wurden im Bezirk der Oberlausitz beschäftigt 123 Gehilfen, 45 Auslegerinnen und 61 Lehrlinge. Nach dem Streik im Mai 1904 war diese Zahl gestiegen auf 181 Gehilfen, 77 Auslegerinnen und 65 Lehrlinge. Außerdem kam noch eine Zahl von 32 Meistern in Betracht, die mitarbeiten. Der größte Teil von diesen arbeitet für die großen Unternehmer und ist genau so abhängig und schlecht gestellt wie die Arbeiter. Während des Streiks waren es vornehmlich diese Kleinmeister, die den großen Unternehmern aus der Tasche halfen und dadurch das Zustandekommen einer Tariftgemeinschaft, von der sie nur profitieren konnten, verhinderten. Der „Danke“ dafür blieb denn auch nicht aus. Als im Mai 1904 der Geschäftsgang etwas nachließ, wurde ihnen der Preis für ihre Ware herabgerückt. So erließ die Firma Schöffner zu dieser Zeit an ihre Lieferanten ein Zirkular, worin sie ankündigte, daß in Zukunft der Preis für Sorte I von 30 auf 28 Mk. und für Sorte II von 28 auf 26 Mk. herabgesetzt wird. Außerdem wird Ware, in der gebrochene oder zerrißene Blätter enthalten sind, in Zukunft nicht mehr angenommen, dies ist in Zukunft durch Produktionsbeschränkung die Überfüllung des Marktes und den Rückgang der Preise zu verhindern, suchen die hiesigen Unternehmer sich ihren Unschick durch Unterbietung und sonstige Mittel der Konkurrenz zu sichern, bedenken dabei aber nicht, daß sie dadurch nur schwere Krise im Gewerbe herbeiführen. Neuerdings geht man mit der Absicht um, den sogenannten Arbeitsvertrag durch Innungsbeschlüsse aufzuheben. Der Innungsvorstand hat bereits einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Am Sonntag den 26. Februar findet Innungsversammlung statt, in der der Beschluß des Vorstandes sanctioniert werden soll. Es soll dann jeder Meister mit seinen Gehilfen Abmachungen nach seinem Gutdünken treffen. Das heißt: Die Anarchie in der Bezahlung, die vor dem Streik herrschte, tritt wieder ein und der größte Schinder kann sich seine Überlegenheit über die anderen Konkurrenten sichern. Einige Meister sollen ja mit den beabsichtigten Maßnahmen nicht einverstanden sein, jedenfalls, weil sie einschickselvoll genug sind, zu erkennen, daß ihnen dadurch nicht genützt wird. Wenn die kleinen Meister, die doch die Majorität in der Innung bilden, endlich einmal einsehen würden, daß sie ihre Interessen viel besser fördern, wenn sie mit den Gehilfen gemeinsam Sache machen, als wenn sie sich von den großen Unternehmern am Narrenseil führen lassen, dann gingen sie alle zu dieser Versammlung und sorgten dafür, daß der folgenschwere Beschluß nicht zustande käme. Man sollte meinen, sie wären durch die trüben Erfahrungen, die sie schon gemacht haben, endlich klug genug geworden, um wissen zu können, daß mit dem Herabgehen der Gehilfenlöhne auch ihr Verdienst herunterfällt. Die Gehilfen aber mögen aus diesen Vorwissen die Lehre ziehen, daß sie an der Befestigung der Organisation zu arbeiten haben, um zu geeigneter Zeit ihre Maßnahmen treffen zu können.

Schlösser.

Freiburg i. B. Die hiesigen Schlossergehilfen wollen einen Lohnarif verlangen, wie er im vorigen Jahre an manchen Orten gefordert wurde. Obwohl sie nun nicht daran denken, ohne weiteres deshalb in einen Streik zu treten, provozieren verschiedene Meister die Gehilfen durch Maßregelungen und Schikanen. Besser wäre es, wenn sie unter sich Remedur herbeiführten, wenn sie die Schmutzkonkurrenz unterließen. Die Folgen der Unterbietungen haben natürlich in erster Linie die Arbeiter zu tragen. Erhalten doch nach einem Arbeitsmarktbericht Bauzuschläger Löhne bis herab zu 23 Pf. die Stunde. Und weiter heißt es darin, daß besser bezahlte Arbeiter zugunsten niedriger bezahlter entlassen werden, was oft auf die Unterbietung von Submissionen zurückzuführen sei. Dazu ist zu bemerken, daß Ausgelernte mit 15, 18, 20, in einem Falle sogar mit 10 Pf. die Stunde abgepeißt wurden, nachdem sie die „Kunzt“ gegen ein Gehalt von 250 bis 500 Mk. erlernt hatten. — Die vorjährigen Beschläge der Zinsler in Korbweid und Magdeburg haben auch die Freiburger Schlosser aufgeweckt. Hoffen wir, daß ihre Verlesungen Erfolg haben. Bis jetzt wollen die Herren nur mit dem Gesellenauschuss verhandeln, kategorisch erklären sie: Eine Organisation der Arbeiter kennen wir nicht! Dem Gesellenauschuss machen sie wohl Verprechungen, aber das Gros der Meister hält sie dann nicht. Die Gehilfen haben deshalb alle Ursache, sich durch Anschlag an den Deutschen Metallarbeiter-Verband einen starken Rückhalt zu schaffen.

Rundschau.

Reichstag.

(20. bis 26. Februar.) Mit einer unerwartet großen Mehrheit sind im Reichstag am 22. Februar die sieben vorgelagerten Handelsverträge angenommen worden: 226 Ja gegen 79 Nein (3 Enthaltungen) beim österreichischen, 229 Ja gegen 81 Nein (3 Enthaltungen) beim russischen Vertrag. Die Freistimmigen waren in letzter Stunde noch genau so ungeschlagen, wie die ruppigsten Agitatoren — auf deren Stichwahrheiten sie in ferneren Wahlsämpfen nicht verzichten möchten. Nur die Sozialdemokratie stimmte einheitlich und geschlossen, allein die Konsequenz aus der auch von anderen nicht verkanteten wirtschaftlichen und sozialen Situation ziehend. In letzter Stunde setzte Graf Podawostky noch einmal zu einer großen Rede an, wie wenn er das Bedürfnis gespürt habe, seine Haltung in dieser Frage vor dem Forum der Weltgeschichte zu rechtfertigen. Viel zu klar in der Beurteilung wirtschaftlicher Fragen leidend, als daß er die furchtbaren Gefahren der neuen Abmachungen für unsern industriellen Entwicklung misachten könnte, legte er den Nachdruck auf politische Erörterungen, aus denen sich ergibt, daß er die neue Handelspolitik als ein Radikalmittel gegen die — Sozialdemokratie betrachtet. Die Handelsverträge sind ein neues Sozialistengesetz, natürlich ebenso sehr gegen die Gewerkschaften wie gegen die politische Organisation gerichtet. Vermutlich wird aber nach dieser Glasierung das Urteil der Geschichte über den Minister noch schlechter ausfallen! Er entpuppt sich als ein Phantast, ein Don Quixote, der gegen Windmühlen einen erbitterten Kampf führt. Wäre es nicht so überaus traurig, man könnte über den Mann lachen, der dem rollenden Rade der Entwicklung in die Speichen fallen will. Schon das sichere Anwachsen der kapitalistischen Konzentration, die Weiterbildung der Ringe und Trübs, wird mehr Vorarbeit für die Sozialisierung der Produktionsmittel leisten als Tausende von Agitatoren vermöchten. Aber der Weg des Großkapitals wird über Leichen gehen. Der 22. Februar in Petersburg. Man führt hier und da als mildernde Umstände für die deutsche Reichsregierung an, daß sie in ihrem Don Quixotekampf

Welsheim. Samstag, 11. März, abends halb 9 Uhr, zur „Gold-Kofe“.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc. Bant-Wilhelmshaven. Vertrauensmännertreffen Sonntag, 12. März, vormittags 9 Uhr, im „Fadobuden“ in Heppens.

nummer schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Gesandter für verlorene nur nach genauer Angabe der Orts- oder Hauptnummer als auch wann und wo der Verlust seinen letzten Beitrag gezahlt hat, im Bureau gegen Zahlung von 20 Pf. ausgestellt werden können.

ist als leitende Person ernannt. Wir eruchen die hiesigen Kollegen, sich in Streitfragen, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen, sich dahin zu wenden. Auskunft und Aufzeichnung von Schriftstücken erfolgt kostenlos.

und Daffern): Otto Hermann, Fruchtstr. 4. 3. Bezirk (Hochfeld): F. Schiller, Wankheimerstr. 178. 4. Bezirk (Wankheimerort und Hohenhausen): Franz Kuschat, Wankheimerstr. 233.

Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter Stuttgart, Röttestraße 16 B. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeiter u. Arbeitgeber unentgeltlich.

Billige böhmische Bettfedern! 10 Pfund: neue geschliffene Mk. 8.-, bessere weisse daunenweiche Mk. 10.-, Mk. 15.-, Mk. 20.-, schneeweisse daunenweiche Mk. 25, Mk. 30.

Gartenbesitzer u. Blumenfreunde wird es interessieren, dass ein neues Katalog-Gartenbuch von M. Peterseim's Blumengärtnereien in Erfurt erschienen ist.

Jeder Metallarbeiter erhält hohen Nebenverdienst ohne Risiko. Wert. Gte per Post. Auskunft kostenlos. Herrn. Wolf, Zwickau i. G. Str. 44.

Den Genossen bring. wir uns. Fabrikationsgesch. für Ureliana. a. Festabzeichen, Rosetten, Schärpen, Malteserzeichen, Ureliana etc. in Eisenring u. Bin. mit Austr. Mus. u. Preis. vers. kostenfrei.

Erntium Berlin Staatlich Inspektiert Cages- und Heudrucke zur Ausbildung. J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart

Inventur Extra-Verkauf Berlins größtes Spezialhaus: Teppiche Emil Lefèvre BERLIN S., Oranienstr. 158.

Strickmaschinen und das beste Erwerbemittel. Auch auf Zeitabgabe. 30 Pf. Briefmarken. P. Kirsch, Döbeln.

Edmund Paulus Markneukirchen No. 367 Musikinstrumente jeder Art. Neuester Katalog umsonst. Auf Karten und Briefen an mich darf die No. 367 nie fehlen.

Deutsche erstklassige Roland-Fahrräder auf Wunsch auf Zeitzahlung Anzahlung bei Fahrradern 20-40 Mk. Anzahlung 7-10 Mk. monatlich. Bei Barzahlung liefern Fahrradern schon von 65 Mk. an.

Geschenkt und portofrei. In Probe und Unerreicht Qualität sind Franko-Räder. Erstklassig. Fabrikat-konkurrenzlos!

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Wir empfehlen nachstehende Werte: J. C. Chorod Rogers, Die Geschichte der Englischen Arbeit.

Teppiche Emil Lefèvre BERLIN S., Oranienstr. 158. Höchste Leistungsfähigkeit durch Riesen-Umsatz! Ständig 10 bis 15,000 Teppiche aller Größen und Qualitäten zu Ausnahme-Preisen v. 3,75 M. bis 1500 M. vorräthig.

30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie. versende Rasiermesser No. 27 fein hohl. a. Mk. 1.50 No. 29 sehr hohl. a. 2.50 No. 30 Extra hohl. a. 2.50

Carneval's-Uk. neuestes Schwarz-Instrument, der fidele Dudelsack. nach Anleitung sofort spielbar: Riesen-Lach-Erfolg.

MUSIK INSTRUMENTENFABRIK ERNST HESS KLINGENTHAL & Co. MIT VERSAND AN PRIVATLEUTE. KATALOG (158 Sekt.) UMSONST u. POSTFREI

Echt blaue Körper-Anzüge braune Mech.-Kittel Katalog und Proben gratis. Berntskleiderfabr. V. Wurzel & Cie. BERLIN, Brückenstr. 10 b.

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Diese von allen Seiten als das Beste in ihrer Art anerkannten Werte sollen in keiner Gewerkschafts-Bibliothek fehlen.

Verschraub-Element R. G. M. Komplette Lautwerke do. do. a. M. 1,75 Engr.-Preis. elektr. Artik. fr. Lehrb. 60 Pf. A. Paeschke, Fabr. elektr. Artikel BERLIN N. 58

Orkan-Fahrräder. sind auch für Saison 1905 wiederum die besten und doch die billigsten. Fahrräder mit Glockenlager, 1 Jahr Garantie.

J. Jendrosch & Co. Charlottenburg u. No. 8. Probieren gratis und franko.

Magerkeit. Schöne, volle Körperformen durch unser orient. Kraftpulver, preisgekrönt gold. Medaille, Paris 1900, Hamburg 1901.

Hygienische Bedarfsartikel, Neuester Katalog m. Empfehl. viel. Ärzte u. Prof. grad. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N. Friedrichstrasse 131 c.

Erntium Berlin Staatlich Inspektiert Cages- und Heudrucke zur Ausbildung. J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart

Lebensgröße 45/55 cm für 3 M. Porto, Verpackung 60 Pf. Unschickel, Haltbarkeit garantiert. Bild unbeschädigt zurück.

Für nur 3 Mark. Die Praxis des Metallarbeiters. 3 hochelegante Bände und 2 Modell-Bände statt 45 M. nur 30 M. Richard Pippig, Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig.

Umsonst u. portofrei. versende wir franko. Rasiermesser Nr. 10 Ia. Silberhohl sein hohl gef. fert. z. Gebt. Nr. 2, Rasiermesser Nr. 15

Richard Pippig, Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig. Nur zu beziehen durch

Verarbeitung der Metalle. Verarbeitung des Eisens, Schmiede, Walzwerk, Eisengießerei, Stahlwaren- und Kleinenindustrie, Waffenindustrie.

Wenn wir Sie sprechen könnten. würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in

Metallarbeiter-Notizkalender für 1905. Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder.

Manometer-Mechaniker selbst arbeitend für Reparatur, findet dauernde Stelle. Off. m. Lohnanspruch unter Nr. 331 an den Verlag ds. Bl.

Otto Geigis & Co. Grützen bei Solingen 55. Kleinstes Fabrikverstandhaus am Platz.

Gratis. und franco versende Pracht-Katalog über Uhren, Gold- und Silberwaren. Gute Zylinder-Uhr, 6 Steine, Goldzeiger, 2 Goldränder 7 M., ferner Remontoir, 2 starke silberne Destel, 2 doppelte Goldränder, 10 Steine, 12 M., gold. Damen-Rem., 10 Steine, 17 M.

Patente Gebrauchsmuster etc. Patenten, Berichts, Globas, Osmütz, Friedl.

Lehmann & Assmy, Spremberg No. 66. Einzige Tuchfabrik Deutschlands dieser Art.

Agentur. 20 bis 30 Mark wöchent Nebenverdienst kann sich jeder Gewinne, der die Agentur leicht verkäuflicher Artikel übernehmen will, verdienen.

Flaschner. bei hohem Lohne nach Stuttgart gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit u. Schiffr. B. S. 975 an den Verlag ds. Bl.

Regalspiel „Crimph“ 27 an Dresden, unerschöpflich, wie ein Paradies, auch in 1000 St. 6.50

Für fünf Mark ein Fahrrad. über Jedermann erhält fünf Mark an einem Fahrrad, welcher sich seine Veranda-Fahrräder mit kleinsten billigen Preisen lassen lässt. Welche Garantie.

Julius Busse Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 G. Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel und Bronzewaren, optischen Instrumenten, photographischen Apparaten, Musikwerken, Leder- und Stahlwaren, Uhrenfournituren und Werkzeugen gratis und franko.

Optische Artikel. Echt goldene Ringe v. 0,95 an Kaffeeservice, vernickelt, 4 teil, 1/2 Lit. v. 3,20 an Brotkörbe v. 45 an Tafelaufsätze, versilbert v. 2,40 an Photographie-Albums v. 1,00 an Musik-Instrumente mit Platten v. 3,90 an Operngläser mit Etui v. 3,50 an

Flaschner. bei hohem Lohne nach Stuttgart gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit u. Schiffr. B. S. 975 an den Verlag ds. Bl.

Flaschner. bei hohem Lohne nach Stuttgart gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit u. Schiffr. B. S. 975 an den Verlag ds. Bl.

Wecker-Uhren mit Absteller v. 1,50 an Nickel-Remont-Uhr, 30 St.-Werk v. 3,25 an Echt silb. Remont-Uhren v. 6,90 an Echt silberne Damen-Uhren v. 6,75 an

Uhren aller Art. Wecker-Uhren mit Absteller v. 1,50 an Nickel-Remont-Uhr, 30 St.-Werk v. 3,25 an Echt silb. Remont-Uhren v. 6,90 an Echt silberne Damen-Uhren v. 6,75 an

Flaschner. bei hohem Lohne nach Stuttgart gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit u. Schiffr. B. S. 975 an den Verlag ds. Bl.

Flaschner. bei hohem Lohne nach Stuttgart gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit u. Schiffr. B. S. 975 an den Verlag ds. Bl.